

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die hebengehaltene Zeile oder deren Raum 70 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 236.

Donnerstag, den 9. Oktober 1919.

26. Jahrg.

Die Schuld am Weltkriege.

Zu den Beratungen des Untersuchungsausschusses.
Von Dr. Werner Peiser.

Der Leser befürchte nicht, daß hier tiefgründige Untersuchungen über die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges angestellt werden, wie sie seit Kriegsbeginn von Wissenschaftlern u. Politikern aus allen Lagern unternommen worden sind. Es kann nicht behauptet werden, daß es der Mehrzahl der über die Kriegsurache Schreibenden gelungen sei, auch nur einigermaßen befriedigende neue Gesichtspunkte in die Debatte zu werfen. Und doch hat die Frage ein mehr als akademisches Interesse, und da sie infolge der von den verschiedenen Regierungen der verschiedenen Länder von Zeit zu Zeit gemachten „Enthüllungen“ sobald nicht zur Ruhe gelangen dürfte, sei an dieser Stelle zur Frage der Kriegsschuld ein Wort gesagt, daß sich doch vielleicht durch den Vorzug auszeichnet — falls diese Annahme nicht allzu unbescheiden ist — ein einigermaßen neues Aussehen zu tragen.

Man hat so oft in den letzten Jahren, Monaten, Wochen das mehr oder minder tiefgründige Wort gehört: wenn das Marx erlebt hätte, er würde sich im Grabe herumdrehen. Nun dürfte nichts für verkehrter erachtet werden als dieses starre Festhalten an der Doktrin, das höchst unsozialistisch ist, weil es den Entwicklungsgang der Menschheitsgeschichte übersehen, und doch erscheint mir der Einwurf, sofern man ihn bei einer Prüfung der Kriegsurachen erhebt, nicht ganz jeder Berechtigung zu entbehren.

Was hat uns denn Marx über Kriege, über feindliche Zusammenstöße usw. gelehrt? Wir danken ihm die tiefgründige Erkenntnis, daß der gesamte Bau der Gesellschaft auf ihrem wirtschaftlichen Unterbau beruht. Er hat uns gelehrt, die politischen Ereignisse als Ausflüsse der jeweiligen wirtschaftlichen Konstellation des jeweiligen Landes anzusehen. Wenn wir nun von Kriegsschuld und Kriegsurache sprechen, so müssen wir diese beiden Fragen naturgemäß unter Zugrundelegung dieses marxistischen Gesichtspunktes aus zu beantworten suchen.

Die heutige — kapitalistische — Wirtschaftsform beruht auf der an der Wirtschaftlichen Produktionsweise, d. h. es wird nicht dem jeweilig vorhandenen Bedarf entsprechend produziert, sondern der einzelne Unternehmer produziert je nach der gerade bei ihm vorhandenen Menge an Kapital, an Betriebskräften, mögen diese nun menschlicher (Lohnarbeiter) oder mögen sie mechanischer (Maschinen) Art sein. Die von ihm produzierten Waren werden auf den Markt geworfen, dort treffen sie mit anderen Waren zusammen, auf demselben Markt befinden sich die Konsumenten, die je nach Bedarf sich mit den vorhandenen Waren eindecken. Nun wird aber, wie schon bemerkt, nicht dem Bedarf entsprechend produziert, sondern die Produktion erfolgt auf Grund ganz anderer Anlässe, nämlich vom Unternehmer-Standpunkte aus, d. h. in individualistischem Sinne ist unser Wirtschaftssystem geleitet, nicht aber in kollektivem, das gleichbedeutend mit einem sozialistischen wäre. Nach der marxistischen Krisentheorie, die wir bei aller Kritik als die treffendste seiner großen Theorien bezeichnen können, wird nun jahraus jahrein von der Kapitalistenklasse ein Uebermaß von Waren produziert, es entsteht der Dauerzustand der Warenproduktion, und es kommt der Augenblick, wo der Kapitalist mit seinen Waren im Lande nichts mehr anzufangen weiß — ein völlig wahnwitziger Zustand, wenn wir bedenken, daß trotz der ungeheuren Masse vorhandener Mehrprodukte großen Bevölkerungsteilen die notwendigsten Lebensunterlagen fehlen. Nun hat — wie uns Marx gleichfalls gelehrt hat — das Kapital einen doppelten Charakter: es ist national, soweit es sich um den Schutz seiner individuellen Interessen handelt; und es ist zugleich international, soweit es innerhalb der nationalen Schranken nicht hinreichende Befriedigung seiner Ansprüche findet. Jetzt begibt sich das Kapital auf die Suche nach neuen Absatzgebieten; es überwindet die nationalen Grenzen und wandert ins Ausland. Inzwischen aber hat das Kapital der ausländischen Kapitalistenklasse ein ähnliches Schicksal gehabt: es hat gleichfalls im eigenen Lande nicht genügend Ausdehnungsmöglichkeiten gefunden und sah sich zur „Auswanderung“ gezwungen.

Nun geht folgender Vorgang vor sich: die Kapitalmassen sämtlicher Länder suchen die Absatzgebiete, die ihnen die beste Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Ziele gewähren. Hier liegt der Keim für alle kolonialpolitisch sämtlicher Völker. Das internationale Kapital aber ist klug; es erkennt alsbald, welche Länder noch der Ausbeutung harren, und auf diese stürzt es sich wie der Geier auf seine wehrlosen Opfer. Jetzt beginnt ein zähes Ringen zwischen den beiden oder den vielen Kapitalmassen, die, anstatt friedlich nebeneinander ihre Bahn abzulaufen, sich gegenseitig durchkreuzen und hierdurch in Konflikte miteinander geraten. Die letzte Instanz dieses Konfliktes nun ist der Krieg. Er ist der Beweis dafür, daß die ringenden Kapitalmächte an einander derartig starke Gegensätze vorgefunden haben, daß eine andere Ausdehnungsmöglichkeit für sie nicht mehr zu denken ist. Ist es aber erst so weit, so ist sämtlichen Regierungen die Möglichkeit entzogen, entscheidend einzugreifen und die Geister, die sie riefen und denen sie nur zu willig dienstbar waren, zurückzuholen.

Betrachten wir die Dinge einmal von diesem Standpunkte aus — und dem Sozialisten dürfte diese Betrachtungsweise nichts Neues sein — dann stehen wir einer Untersuchung der Schuldfrage am Kriege wesentlich skeptischer und nüchterner gegenüber, als zuvor. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß nicht einzelne Personen doch ihr gerüttelt Maß von Schuld tragen, denn schon die Unterlassungslünde, nicht alles, auch das Letzte, getan zu haben, um die Zerfleischung Europas unmöglich zu machen oder doch wenigstens aufzuhalten, bedeutet unfähiges Verbrechen. Hieraus wird sich die Untersuchung des Ausschusses der Nationalversammlung zu beschränken haben. Und wenn es ihm gelingt, unbeschadet um Rücksichten auf Personen und Parteien, diese Personen ausfindig zu machen und sie vor dem Staatsgerichtshof verurteilungsmäßig zur Verantwortung zu ziehen, so hat der Ausschuss immer noch eine Arbeit geleistet, die ohne die Bedeutung der Einzelpersonen und ihres Einflusses auf die Entstehung des Weltkrieges zu überschätzen, als bedeutende und kulturfördernde bezeichnet werden darf.

Ein Anschlag auf den Abg. Haase.

Mittwoch, kurz nach 1 Uhr, ist in Berlin auf den Führer der „Unabhängigen“, den Abg. Hugo Haase, ein Mordanschlag verübt worden, als er sich in die Sitzung der Nationalversammlung begeben wollte. Der Täter wurde sofort verhaftet. Er hatte insgesamt sechs Schüsse abgefeuert, von denen drei trafen. Haase wurde alsbald ins Hedwig-Krankenhaus gebracht. Die ärztliche Untersuchung ergab am rechten Bein einen Durchschuß des Unterschenkels, sowie einen Stichschuß im Oberschenkel. Eine Schramme am Ellbogen ist argwöhnlich durch den Sturz verursacht worden. Der Zustand des Verwundeten läßt die Wiederherstellung in etwa acht Tagen erwarten.

Dem Anschlag fehlt jeder politische Hintergrund; es handelt sich um den Nachsatz eines Querulanten. Der Ledearbeiter Johann Bock, der den Anschlag auf Haase ausgeführt hat, ist am 7. Juli 1868 in Wiener-Neustadt geboren. Sein Vater soll Reichsbürger sein und aus Völs kommen. Bock wohnte in Berlin als Mieter in der Annenstraße 21. Er leidet an Querulanten- und Verfolgungswahn. Bei dem von der Staatsanwaltschaft alsbald vorgenommenen Verhör gab er an, er gehöre keiner Partei an, habe jedoch der S. P. D. am nächsten. Er behauptete, seit einiger Zeit die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß es bei der Preussischen Klassenlotterie nicht mit rechten Dingen zugehe. Er habe deshalb zahlreiche Anzeigen bei der Klassenlotterie und bei dem Finanzminister eingereicht, was dazu geführt habe, daß in Moabit ein Strafverfahren wegen versuchter Erpressung gegen ihn eingeleitet worden sei. Er habe durch seine Ehefrau den Abg. Haase erziehen lassen, die Angelegenheit vor das Parlament zu bringen. Als Haase darauf nicht einging, habe er ihn bedroht, daß auch er bestochen worden sei, und ihn auf Schrift und Tritt verfolge, bis der Entschluß in ihm gereift sei, die Öffentlichkeit mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Mit einer Parabelum-Wüste machte er Schießversuche im Grünwald. Schon Dienstag sei er Haase nach dem Reichstagsgebäude gefolgt, konnte ihn aber nicht erreichen. Mittwoch erwartete er ihn an einem der Eingänge und gab auf etwa fünf Schritte Entfernung sechs Schüsse auf ihn ab. Eine der Kugeln traf einen Ballanten, dessen Verwundetheit unbekannt ist. Frau Haase, die ihren Gatten auf dem Wege ins Parlament begleitete, blieb unverletzt.

Nach einer anderen Meldung hat Bock bei der Vernehmung angegeben, Haase sei als agnerischer Rechtsanwalt so stark gegen ihn aufgetreten, daß er sich vorgenommen habe, ihm einen Denkartel zu verabsorgen.

Deutsche Nationalversammlung.

93. Sitzung.

Berlin, 8. Oktober, mittags 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Schiffer, Müller, Dr. Bell, Erzberger, David, Roste, Koch.
Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten mit folgenden Worten: Meine Damen und Herren! Es ist auch zu Ihrer Kenntnis gekommen, daß auf ein Mitglied dieses Hauses loeben ein Waffenanfall Italienern hat. Unter Kollege Haase ist getroffen worden. Wir wollen hoffen, daß die Wunde keine tödliche ist. Es ist mir gesagt worden, daß dem Anschlag nach irgendwelche schweren Folgen damit nicht verbunden sein dürften. Ueber das Motiv des Täters ist weiter gar nichts bekannt. Ich nehme an, daß es den Intentionen des ganzen Hauses entspricht, wenn ich dem Abgeordneten Haase, seiner Familie und seiner Kräfte die herzlichste Teilnahme des Hauses zum Ausdruck bringe. (Lebhafte Zustimmung.)

Vor Eintritt in die Fortsetzung der allgemeinen politischen Ausdebatte tritt

Präsident Fehrenbach mit, daß auf der Rednerliste noch die Abgeordneten Stresemann und Haase standen. Von einer zweiten Rednerfolge sei nach Vereinbarung mit den Parteien Abstand genommen worden. Da der Abgeordnete Haase nun nicht sprechen könne und auch kein anderes Mitglied seiner Partei dies tun könne und der für die zweite Rednerfolge in Aussicht genommene unabhängige Redner heute nicht anwesend sei, schlage er vor, heute die allgemeine Debatte abzuschließen und morgen oder übermorgen dem zweiten Redner der Unabhängigen das Wort zu geben, um eventuell nochmals auf die Generaldebatte zurückzukommen.

Dr. Stresemann (D.): Als erster Redner aus dem Hause glaube ich dem Gefühl Ausdruck geben zu können, daß uns alle der Wunsch befehle, den Kollegen Haase bald wieder in unserer Mitte begrüßen zu können. (Allseitiger Beifall.) Die Nationalversammlung leidet an einem Mangel an Autorität gegenüber der Öffentlichkeit. Die unverzichtliche Auffassung des Reichskanzlers teile ich. Wenn es uns gelingt, über den bevorstehenden Winter hinwegzukommen, brauchen wir uns um das deutsche Volk nicht zu sorgen. Die gegenwärtige Lage im wirtschaftlichen Leben ist eine internationale Erscheinung. Frankreich hat das größte Interesse daran, daß wir wieder zu gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen kommen. Wenn wir moralische Eroberungen machen wollen, müssen wir zur alten deutschen Art der Autorität, Ordnung, Unterordnung und Arbeitslust zurückkehren. Wir sind Oppositionspartei, aber unsere sachliche Mitarbeit am Wiederaufbau werden wir nicht verjagen.

Reichswehrminister Roste: Daß die Truppen im Baltikum nichts mehr zu suchen haben, liegt an dem Friedensvertrag. Deshalb dürfe die Presse nicht mehr auf die Truppen dahin einwirken, als seien sie in einer Rechtslage, wonach sie im Baltikum bleiben könnten. Mit verführten Schimpfereien auf die Truppen, die nicht zurückwollen, ist nichts getan. Ihre Motive sind zu respektieren; denn die Leute sehen in der Heimat nur Arbeitslosigkeit und Terror. Sie fühlen sich in ihren Erwartungen betrogen. Als Rot am Mann war, hatte ihnen die Letztliche Regierung die Einbürgerung versprochen und die Anstellung in Aussicht gestellt. Aber die Regierung muß jetzt alles daran setzen, um Deutschland vor schweren Konflikten mit den alliierten Regierungen zu bewahren. Offene Unbotmäßigkeit und Ungehorsam sollen gahndet werden, wie es sich gehört. Der Ruf des Majors Bischoff in der „Täglichen Rundschau“ enthält eine Masse von Insubordinationen und Aufregungen gegen die Interessen des Reiches, daß mit allen Mitteln schleunigst eingegriffen werden wird. Ich habe sofort telegraphiert, daß in jedem Falle gegen Ungehorsamsverweigerung und Unbotmäßigkeit mit aller Schärfe vorgegangen und eine kriegsgerichtliche Untersuchung gegen Major Bischoff sofort eingeleitet ist. Ich möchte mit allem Nachdruck und tiefstem Ernst an jeden Teil der Presse die Mahnung richten, nicht unsere Arbeit in dieser gefährlichen ersten Situation noch weiter zu erschweren. (Sehr richtig! links.) Es ist außerordentlich gemeingefährlich, daß dauernd von manchen Stellen auf die Truppen eingewirkt und sie in ihrer Widerstandsfähigkeit herabgesetzt werden. Ich kann der deutschen nationalen Presse nicht den Vorwurf eripieren, daß sie ein unverantwortliches Spiel mit den Interessen des deutschen Volkes und des Landes treibt. (Sehr richtig! links.) Einmal brachte ein Blatt die große Ueberschrift: „Verrat an den Truppen“. Das sah also aus, wie Verrat der Regierung an den Truppen. Unser Vorgehen gegen die Soldatenplünderungen nannte das Blatt schamlos und unerhört. Als die Regierung die Note über die Räumung des Baltikum beantwortete, brachte das Blatt am 4. Oktober die Ueberschrift: „Verrat an deutschen Baltikländern“. Das bedeutet einen neuen Versuch, bei den widerwilligen Truppen den Eindruck herorzuzwecken, als ständen sie nicht auf fremdem, sondern auf deutschem Boden und würden von der Regierung verlassen. Wir würden gewissenlos handeln, wenn wir diesen Ausfahrungen nicht entgegenträten. Wenn Graf Posadowski versicherte, daß seine Partei sachlich für ihre politischen Ziele wirksam ist, so kann ich das nicht als richtig anerkennen. Ganz in demselben Maß ist in den letzten Wochen von der deutsch-konservativen Partei und ihrer Presse das leidliche Vertrauensverhältnis zwischen mir und den Offizieren untergraben und unterwühlt. Das deutsche Offizierskorps hat immer in seiner großen Mehrzahl aus armen Leuten bestanden, die ihre Ehre dareinstellten, ihrem Vaterlande zu dienen. (Große Unruhe und Zurufe.) Wie die Propaganda betrieben wird, den militärischen Apparat zu zermürben, der mit Mühe wieder aufgebaut worden ist, ergibt sich aus einer Broschüre, in der den Soldaten vorgelesen wird, die Regierung tue nichts für ihre Zukunft: Die Regierung stelle sich auf dem Standpunkt: Gehe jeder, wie er es treibe; jede jeder, wo er bleibe und sehe zu, daß er nicht jalle! Weiter wird den Soldaten angehalten, daß sie ihre eidliche Verpflichtungen nicht halten sollen. Gedruckt ist dieses Pamphlet in der Druckerei „Deutscher Tageszeitung“, und zwar im Auftrag des Vorstandes der deutschen nationalen Partei. (Zuruf: Landesverräter! Große Unruhe.) Selbstverständlich habe ich gegen die Schuldigen Strafantrag gestellt dagegen, daß in unerhörter Weise der Versuch gemacht wird, die Soldaten zur Treulosigkeit und Unbotmäßigkeit zu verführen. Deutschland muß zum Untertan kommen, wenn nicht in allen Schichten des Volkes die Erkenntnis Platz greift, daß es nicht angeht, immer noch mit schmutzigen Händen in den Wunden herumzuwühlen. Solange wir die Geschäfte führen, sind wir bereit, das sage ich den Herren von rechts und links, unseren Worten auch Taten folgen zu lassen. (Beifall bei der großen Mehrheit.)

Reichsjustizminister Schiffer: Unser Volk muß den Weg zum Rechtsstaat zurückfinden. Aus der Zeit der Revolution müssen wir in die Zeit der Gesetzlichkeit kommen. Die Uebst, eine neue Annahme zu erlassen, besteht nicht. Der fertiggestellte Entwurf einer Reform des Strafrechts wird demnächst veröffentlicht werden. Ueber die Frage des Zwangsvergleiches außerhalb des Konkurses schweben Erwägungen. Was die Frage der Verlängerung der Patente anbelangt, so haben sich Vertreter der in Frage kommenden Industrien gegen eine solche Verlängerung ausgesprochen. Eine umfangreiche Novelle zur Strafrechtsreform und zum Gerichtsverfassungsgesetz wird der Nationalversammlung nächst zugehen. Dazu gehört auch die Frage der Lösung und Tilgung von Vorstrafen aus dem Strafregister und die Umgestaltung des Jugendrechts. Im Volke besteht noch eine Rechtsfremdheit. Das Recht muß volkstümlicher werden, auch in seiner Sprache. Wenn ich in diesem Sinne mein Amt führe, so hoffe ich auf die Zustimmung des hohen Hauses. (Beifall.)

Dr. Cohn (USP): Leider hat sich der neue Reichsjustizminister gegen das Laienelement in der Rechtspflege ausgesprochen. Bei dem Volke besteht immer noch in weiten Kreisen großes Mißtrauen gegen das gelehrte Richteramt. Die Schuzhaft muß

Durch Schaffung einer Reichsministerstelle eine Rechtsgrundlage erhalten.

Singh (SD.): In erster Linie müssen Unterjudungsschul und Strafvollzug einer gründlichen Reform unterworfen werden. Wir verlangen eine größere Freiheit des Richters. Die sozialen Gerichte, Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, müssen zu einheitlichen, alle Kategorien von Arbeitnehmern umfassenden Arbeitsgerichten ausgebaut werden. Mit der Zivilprozessreform muß eine Reform des Zivilprozessverfahrens Hand in Hand gehen.

Reichsjustizminister Schiffer: Eine Jurisdiktionsreform des Landesjustizsystems beabsichtige ich nicht. Aber auch der gelehrte Richter muß im wahren Sinne des Wortes ein Volk Richter sein. Der Belagerungsstand besteht noch nach dem alten Recht. Sobald ein neues Reichsgesetz über den Belagerungsstand erlassen ist, werden alle Bemängelungen des jetzigen Zustandes fortzufallen. Der Haushalt der Reichsjustizverwaltung wird bemittelt. Es folgt der Haushalt für das Reichsfinanzministerium.

Berichterstatter Wurm (USP.) berichtet, daß der Hauptausfluß sich auch mit der Bezirkseinteilung für die Landesfinanzämter beschäftigt und beantragt habe, eine gesetzliche Regelung der Bezirkseinteilung in die Wege zu leiten.

Wirth (Z.): Es handelt sich hier um die größte organisierte Tat neben der Erhebung der Reichsverfassung. Ich möchte den Herrn Finanzminister bitten, auf die Reorganisation des Belagerungsstandes möglichst scharf hinzuwirken. Im Hinblick auf die in einzelnen Staaten notwendig gewordenen Tarifabschlüssen mit den Eisenbahnarbeitern sollte man geradezu eine Art Streikgesetz machen, daß nicht jeder einzelne Bundesstaat in die Lage käme, hier selbständig für sich vorzugehen.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ein einheitlicher Plan für die Reichsfinanzreform ist vorhanden. Mit der einheitlichen Steuerverwaltung wird ein Werk geschaffen, das einen Markstein in der Entwicklung des Reiches bedeutet. Der Wille der Reichsregierung geht dahin, dem deutschen Volke den Einheitsstaat zu geben. Die Reichsfinanzverwaltung hat den Landesfinanzverbänden große Befugnisse übertragen. Die Zentralgewalt muß aber beim Reiche bleiben. Ich hoffe, daß neben der Reichssteuerverwaltung ein einheitliches Reichssteuerrecht in Deutschland treten wird. Es ist absolut notwendig, daß das große Werk der Reichsfinanzreform nach vor Beginn der Ferien, Ende des Monats, verabschiedet wird. Meine Absicht ist es, die neue Besoldungsordnung so rechtzeitig vorzunehmen, daß sie zum 1. April 1920 in Kraft treten kann; die allgemeine Besoldungsordnung kann aber erst dann kommen, wenn die Vereinfachung des Verfahrens durchgeföhrt sein wird. Die Zahl der Beamten, die durch diese große Aktion in den Reichsweg übergeföhrt werden wird, beläuft sich bei den Eisenbahnern und der Post von Bayern und Württemberg auf etwa eine halbe Million. Im Reichsministerium des Innern ist die Reform des Beamtenrechtes in engerer Föhlung mit den Beamten im Gange. Ich richte an die Beamten und Arbeiterorganisationen der Eisenbahn und Post das Ersuchen, nicht mehr mit neuen Forderungen an uns heranzutreten. Wir würden uns damit vor unzulässige Aufgaben stellen. Alle Wünsche, die irgendwie erfüllt werden können, werden erfüllt.

Stolten (SD.): Die Bunttheiligkeit unserer bisherigen deutschen Staatseinteilung wird zum Teil in die Einteilung der Landesfinanzämter übernommen. Finanztechnisch stellt die Einteilung namentlich für die Gebiete an der Unterweiser und Unterelbe den Gipfel der Widersprüche dar. Das wichtige Hamburger Zollgebiet wird künstlich zerrissen und die Kosten werden dadurch verhältnismäßig erhöht. Die Überwachung der Ein- und Ausfuhr auf der Elbe und Weiser wird naturgemäß in Zukunft an Bedeutung gewinnen, weil mit weit mehr Ausfuhrverboten als bisher zu rechnen sein wird. Es wäre eine einheitliche Zollbehandlung erwünscht.

Reichsfinanzminister Erzberger: Die Beschwerde Hamburgs halte ich für begründet und für berechtigt. Wir können die Sache aber augenblicklich nicht ändern. Ich werde mit Preußen die Verbindung freilegen, ob nicht doch noch eine andere Lösung auf dem Wege der Verwahrung eintreten kann. Im Hamburger Hafen können zunächst drei Zollrichtungen nötig sein.

Der Haushaltsplan für das Reichsfinanzministerium wird in seinen Einzelheiten nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen, ebenso die Entschädigung des Ausschusses wegen der Bezirkseinteilung der Landesfinanzämter.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Interpellation der Sozialdemokraten, betr. Maßnahmen gegen die Preissteigerung für Haus-, Leber und Schmalwaren. Fortsetzung der allgemeinen Besprechung. Etat des Pensionsfonds und Postetat. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Eine neue Kriegserklärung.

Die ukrainische Regierung hat dem General Danikin den Krieg erklärt.

Was geht in Moskau vor?

Senin verhaftet?

Ueber Helfingfors laufen andauernd Meldungen ein, die von schweren Unruhen in Moskau zu berichten wissen. Es heißt, daß Lenin Befehl gegeben habe, Trozky zu verhaften. Es sei jedoch Trozky gelungen, die Oberhand zu gewinnen, worauf er Lenin festsetzen ließ. Da sich Sowjet-Rußland mit einem unruhigstehenden Schleier umgeben hat, wird es sehr schwer sein, festzustellen, was an den Helfingfors Meldungen war ist.

d'Annunzio ermordet?

In italienischen Offizierskreisen ist das Gerücht verbreitet, d'Annunzio sei Montag in Fiume ermordet worden. Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt bisher nicht vor.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Vorschlag zum Abbau der allgemeinen Teuerung.

Der Major a. D. Paulus hat dem bayerischen Ministerium der Landwirtschaft und der sozialen Fürsorge eine Denkschrift überreicht, worin er Vorschläge macht, die bezwecken, mit dem Abbau der Lebensmittel-Teuerung einen Anfang zu machen. Bei der ungeheuren Wichtigkeit der ganzen Frage wollen wir die Gedankenreihe der Denkschrift in aller Kürze wiedergeben, ungeachtet darum, daß wir keineswegs gewillt sind, die Vorschläge des Herrn Paulus aus zu eigen zu machen. Paulus geht von der Voraussetzung aus, daß das einzige Attribut unserer Wirtschaftsbilanz, das uns aus der Katastrophe des Weltkrieges, des Diktierfriedens und der gegenwärtigen Situation, wenn auch nicht unentzogen, gestohlen ist, das aber leider unvollständig ausgenutzt bzw. liegt, die menschliche Arbeitskraft ist. Jährlich gibt es circa 600000 bis 700000 Erwerbslose, die öffentliche Unterhaltung beziehen, in Deutschland. Nach Rückkehr der Kriegsgefangenen dürfte diese Zahl noch an eine Million gehen. Mit Eintritt der Winterzeit sind den zu berücksichtigenden Ausrichtungen des benachteiligten sozialen Lagers dürfte es 1 1/2 bis 2 Millionen werden. Die Zahlen

haben nicht nur einen beängstigenden Inhalt, sondern sie stellen auf der anderen Seite auch einen hohen nationalökonomischen Wert dar. Denn falls es gelingt, diese nationalökonomische Reserve wirtschaftlich auszunützen, so ist zugleich ein starkes politisches Moment besichert.

Der Plan des Herrn Paulus geht nun dahin, diese Arbeitskräfte der Land- und Forstwirtschaft in der Weise zur Verfügung zu stellen, — wo erforderlich unter Anwendung eines geschicklich zu schaffenden Druckmittels —, daß der Arbeitgeber nur einen der Qualität der tatsächlich zu leistenden Arbeit entsprechenden Lohn in so beschränkter Höhe zu zahlen hat, daß für ihn künftig der jeztige warenteuernde Arbeitslohn in seiner Gewinn- und Verlustrechnung eine erhebliche Senkung erföhrt. Der ihm zur Verfügung gestellte Arbeiter aber soll neben der vom Reiche weiter zu zahlenden Erwerbslosen-Unterstützungszuzue einen Anreiz erhalten, der ihm den Entschluß zum Uebertreten in die ländliche Arbeit erleichtert und erhöht. Auf diesem Wege sollen die persönlichen Ausgaben der Land- und Forstwirtschaft erheblich herabgesetzt werden. Ganz auf demselben Wege soll vorgegangen werden, um auch die sachlichen Ausgaben dieser Betriebe herabzusetzen (Geräte und Maschinen, Kunstdünger, Kraftfutter, Saatgut, Betriebsstoffe usw.); alle Industrien, welche derartige sachlichen Betriebsbedürfnisse für Land- und Forstwirtschaft liefern, soll bezüglich zur-Verfügungstellung billiger Arbeitskräfte genau so behandelt werden, wie die Land- und Forstwirtschaft selbst. Auf diese Weise soll es der Land- und Forstwirtschaft möglich gemacht werden, ihre Erzeugnisse billiger als jezt an den Markt zu bringen, ohne daß die Rentabilität dieser Betriebe eine Einbuße erleidet. Der Staat aber würde seine Erwerbslosen-Unterstützung dann nicht mehr für nicht geleistete Arbeit, sondern für Arbeit von höchstem Werte bezahlen.

Paulus verhehlt sich durchaus nicht, daß gewisse Durchführungsschwierigkeiten bestehen, so die Notwendigkeit der Umlernung der Arbeiter, die bauerliche Abneigung gegen städtische Arbeiter usw., aber er glaubt, daß diese Schwierigkeiten sich werden überwinden lassen, zumal es sich darum handelt, einen vielleicht letzten Weg zu finden, der uns an dem Abgrunde des Bankrotts vorbeiföhrt. Als Trägerin der Organisation sieht Paulus in seinem Plane die Gemeinde vor, und zwar nicht nur aus organisatorischen Gründen, sondern auch deshalb, weil sie allein jederzeit imstande ist, etwa nicht angeforderte Arbeitskräfte in gemeinnützigen Unternehmungen wie Wegebau, Meliorationen usw. nutzbringend zu verwenden.

Ohne bessere Ernährungsweise keine Produktionssteigerung!

Hauptmann Detlef Schmude, der mit ehemaligen Magdeburger Soldaten die „Siedlungs- und Arbeitergemeinschaft Neudeutschland“ gegründet und nun im Braunlahnenrevier Wölpe den Plan zu verwirklichen sucht, über die gemeinsame Arbeit im Bergwerk zur Siedlung zu schreiben, schreibt im „Berliner Tageblatt“:

„Die Arbeit in der Grube hat mir keine Schwierigkeiten bereitet. Die fett- und zuckerarme Ernährung aber ließ den Körper früher erlahmen, und mir ging aus eigenem Erleben das Verständnis auf für die Lasten der Unmöglichkeit, eine Produktionssteigerung ohne gleichzeitige bessere Ernährungsweise zu erzielen. Schafft bessere Wohn- und Ernährungsverhältnisse, und der deutsche Arbeiter wird wieder zur alten Leistungsfähigkeit gelangen! Von der Lösung der Landfrage hängt es ab, ob der Bergarbeiter sich berechtigen wird, mit allen Kräften an seiner Stelle dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu steuern. Der Hunger, die Sehnsucht nach einem kleinen Stückchen Land und einem kleinen, behaglichen Heim ist unter Berg- und Landarbeitern unglücklich groß. Nur wenn wir diesen Hunger stillen und damit die Basis (Grundlage) schaffen für eine kulturelle Hebung des deutschen Arbeiterstandes, nur dann werden wir vor den unheiligen Folgen des Weltkrieges allmählich gerettet.“

Die Worte des Kulturpioniers Schmude, der ein schlichter, gerader Mensch ist, weshalb auch seine Ideen im Wölper Braunlahnenrevier und dem benachbarten Kitzgebiet immer größere Kreise begeistern — man kann schon fast von einem Schmude-Taumel in jener Gegend sprechen — verdienen die Beachtung aller, denen die Zukunft unseres Volkes am Herzen liegt.

Kein selbständiger Kohlenstaat.

Wie der „Deutschen Allg. Ztg.“ von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, entbehrt die Nachricht eines polnischen Staates, nach der Deutschland den Vorschlag gemacht hätte, einen selbständigen Kohlenstaat, bestehend aus Oberschlesien, Theschen und dem Revier Dombrowa zu gründen, jeder Begründung.

Neuer Streik im Berliner unabhängigen-kommunistischen Lager.

In der Vollversammlung der „unabhängigen“ und kommunistischen Arbeiterräte Berlins ist es Dienstag wegen der Gewerkschaftsfrage zu einem Konflikt zwischen beiden Richtungen gekommen, der sich vermittellos kaum wieder verfleistern lassen. Die Kommunisten verlangten die Betriebsorganisation und die Aufhebung aller Bestimmungen, wodurch ein Zwang zur Mitgliedschaft bei einer gewerkschaftlichen Organisation vorgeschrieben ist. Die „unabhängigen“ Mehrheit nahm jedoch nach erregter Debatte gegen den Widerspruch der Kommunisten folgende Entschließung an: „Die Gewerkschaft kann durch Revolutionierung als revolutionäre Kampforganisation ausgebaut werden. Im übrigen aber darf die Frage Betriebsorganisation oder Gewerkschaft keinen Anlaß zu Differenzen innerhalb der Arbeiterräte eines Betriebes geben.“ — Die Kommunisten erklärten, daß ihnen nach dieser Abstimmung ein weiteres Zusammenarbeiten nicht mehr möglich erscheine. Der größte Teil von ihnen verließ die Versammlung.

Gewissenlose Schieber und Hamster.

Wie das Wehrkreiskommando 6 mitteilt, ist über die Kreise Borken und Ahns der Belagerungsstand verhängt worden. Den Anlaß dazu gab die durch riefige Hamstergänge in Frage gestellte Versorgung der Kreise Borken und Ahns sowie auch der die Volksversorgung gefährdende Schmuggel von Lebensmitteln nach dem Auslande.

Streik in Saarbrücken.

In Saarbrücken sind Dienstag die Arbeiter der Eisenbahn, Straßenbahn, der Post und fast sämtlicher großen industriellen Werke in Streik getreten. Vormittags bewegte sich ein nach Tausenden zählender Demonstrationenzug durch die Stadt. An mehreren öffentlichen Plätzen fanden Kundgebungen statt, wobei die Forderung nach Verebilligung der Lebensmittelpreise und Erneuerung der Gemeinderatswahlen aufgestellt wurde. Abends kam es zu Plünderungen, an denen sich mehrere tausend Personen beteiligten. Ob sich der Streik zu einem Generallstreik auswachen wird, läßt sich noch nicht ersehen.

Der französische General Andlauer hat als oberster Vorkommandeur des Saargebietes zunächst den Belagerungsstand über das Saargebiet verhängt. Niemand darf sich nach 9 Uhr abends auf der Straße aufhalten, es sei denn, daß er nachweislich Dienst verrichtet. Zusammenstellen und Versammlungen werden nicht geduldet. Weitere Maßnahmen will der General in Kürze treffen.

Schulstreik in Gotha.

Im Freistaat Gotha ist ein großer Schulstreik ausgebrochen. Der Grund ist der, daß die unabhängige-kommunistische Regierung zum Leiter des gesamten Schulwesens einen ehemaligen Lehrer gemacht hat, dem von der Presse vorgeworfen wird, daß er sich an einem 18jährigen schwachsinigen Mädchen vergangen habe, daß er mehrere uneheliche Kinder habe und einst bei Nacht in einem Pflanzhof eingekerkert sei. Um diesen Mann loszuwerden und die Zurücknahme des von ihm erlassenen Religionserlasses durchzusetzen, ist das ganze Land in den Schulstreik getreten.

Kleine politische Nachrichten.

Herz von Bayer hat den Vorsitz in der demokratischen Fraktion übernommen.

Graf v. d. Golz ist aus dem Baltikum abgereist.

Die militärischen Schutzmaßnahmen, die in Leipzig wegen eines für den 6. oder 7. Oktober befristeten Putches getroffen worden sind, sind, nachdem alles ruhig geblieben war, wieder rückgängig gemacht worden.

Das Volksgericht Augsburg verurteilte den Kommunistenagitor Dr. Rothensfelder, der als erster die bayerische Räterepublik proklamierte, wegen Hochverrats zu sechs Jahren Zuchthaus.

Eine deutsche Note an die alliierten und assoziierten Mächte fordert Garantien für eine freie und unbeeinträchtigte Seefahrt in Eupen und Malmedy.

Die Vergleichsverhandlungen zwischen dem früheren Fürsten von Lippe und dem Landtag haben zu einem befriedigenden Ergebnis geföhrt. Der frühere Fürst erhält das Residenzschloß in Detmold als Wohnsitz, ferner das Jagdschloß und die Meierei Lopsborn und die Forstbezirke der Oberförsterei Lopsborn und Berlebeck. Als bare Entschädigung wurde dem Fürsten eine Million Mark zugewilligt.

Das bulgarische Ministerium Theodorow ist zurückgetreten, Stambulinski ist mit der Neubildung beauftragt worden. Wilsons Befinden hat sich bedeutend gebessert.

Oesterreich.

Die Tiroler Sozialdemokraten wollen Deutsche bleiben.

Am letzten Sonntag fand in Innsbruck eine außerordentliche Landeskonferenz der Nordtiroler Sozialdemokraten statt. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die sozialdemokratische Parlamentsfraktion in Rom ersucht wird, die Rechte des deutschen Volkes in Südtirol zu vertreten und die Annexion Südtirols zu bekämpfen. Die Parteigenossen von Bozen, Meran, Gaisach-Buskertal werden ersucht, zähe und treu zu ihrem Volke und ihrer Klasse zu stehen. Die Delegierten der Landeskonferenz der Nordtiroler Parteigenossen gelobten ferner, die deutschen Genossen im Süden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen und unermüdet für die Vereinigung aller Deutschtiroler zu kämpfen.

Das neue Regierungsprogramm.

Ueber die Grundsätze des neuen Regierungsprogramms erklärte Staatskanzler Renner in einer Versammlung: „Ich befreite ein Gesetz zum Schutze der Republik vor. Wir müssen uns gegen die Gefahr, die von rechts, aber auch von links droht, schützen. Aus diesem Grunde mußte auch die Tätigkeit der Arbeiter räte festgelegt werden, denn es darf nicht jeder tun, was er will. Eine Koalition der Parteien in Deutsch-Oesterreich ist notwendig, weil hier keine Partei die absolute Mehrheit hat. Es werden folgende Programmpunkte vorgeschlagen: 1. Vermögensabgabe. 2. Verfassungsreform, entsprechend unseren Friedensbedingungen. 3. Ehrenreform. Jeder muß das Instrument des Staates sein und nicht einer politischen Partei. 4. Wirtschaftsreform. Die Zentralwirtschaft muß geändert werden. Wir müssen auch in der Sozialisierung fortschreiten. Doch müssen wir zuerst produzieren und dann können wir sozialisieren.“

Finnland.

Für den Frieden mit Sowjet-Rußland.

Der Redakteur des „Suomen Sosialidemokrati“ und Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des finnischen Landtags, Genosse J. W. Kelo, hat einem Mitarbeiter des lettischen Blattes „Latwijas Sargs“ über die politischen Strömungen in Finnland folgendes berichtet:

„Die Frage der Unabhängigkeit der neuen baltischen Staaten ist in der finnländischen Presse zwar angeregt, aber noch nicht eingehend besprochen worden. In Finnland interessiert man sich zurzeit für den Plan einer Vereinigung der skandinavischen Staaten, zu der Schweden, Norwegen und Finnland gehören sollen. Die finnischen Sozialdemokraten sind für die Annahme des bolschewistischen Friedensangebotes. Früher hätte es nicht angenommen werden können; denn die Alliierten, von denen Finnland wirtschaftlich sehr abhängig ist, hätten es nicht zugelassen. Jetzt kann man annehmen, daß die Alliierten nicht mehr an eine Intervention in Rußland denken. Die jeztige finnländische Regierung sei nicht so kriegslustig wie die Mannheimerische Partei, die den Feldzug nach Petersburg predigt. Auch ist der Einfluß der Arbeiter stark genug, um solche Pläne zu verhindern.“

Norwegen.

Das völlige Alkoholverbot angenommen.

Das Ergebnis der Volksabstimmung über das völlige Alkoholverbot, das bis Dienstag abend um 9 Uhr vorlag, zeigt, daß 396 583 für ja und 272 641 für nein stimmten. In Kristiania stimmten 18 542 für ja und 69 777 für nein.

Frankreich.

Die Neuwahlen.

Die Neuwahlen für die Kammer finden am 18. November, die Wahl des Präsidenten der Republik am 2. Februar statt. Einem Abordnung von Parlamentariern teilte Clemenceau mit, daß er und sein Kabinett sofort nach den Neuwahlen zurücktreten würde.

Aus dem Parteileben.

Der Parteitag der dänischen Sozialdemokratie. Ein Mitarbeiter der „F. N.“ hatte Gelegenheit, den vom Parteitag der dänischen Sozialdemokratie aus Kopenhagen zurückgekehrten sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Otto Wels zu sprechen. Wels betonte den geradezu überwältigenden Eindruck, den die feste Geschlossenheit der dänischen Sozialdemokratie auf ihn ge-

macht habe. Von den 1100 Gemeinden des Landes befinden sich 900 eine sozialdemokratische Fraktion und das Mehr werden sich auch bald über den kleinen Rest erstrecken. Bei drei Millionen Einwohnern seien 110 000 Mitglieder sozialdemokratisch organisiert. Der Parteitag, der von 500 Delegierten besucht war, lehnte die bolschewistischen Tendenzen mit überwältigender Mehrheit ab. Die Minderheit brachte trotz ausgebreiteter Redezeit bei den einzelnen Abstimmungen nur zwischen drei und zwanzig Stimmen auf. Der Empfang des Vertreters der deutschen Sozialdemokratie war überaus herzlich, die Verständigung auf dem gemeinsamen Boden des Sozialismus, der Demokratie und des Völkerverständnisses leicht. Außer den deutschen Mehrheitssozialisten waren im Geiste skandinavischer Gemeinschaftsarbeit die Schweden vertreten. Die Engländer hatten ein Begrüßungstelegramm geschickt.

Aus Lübeck und den Nabargebieten.

Donnerstag, 9. Oktober.

Industriekohlen für Lübeck. Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, für die Lübecker Industrie 5000 Tonnen Kohlen aus Oberschlesien freizubekommen. Herr Senator Henze, zwei weitere Herren und Herr Kredler, der seit längerer Zeit für die Industriekohlenversorgung am hiesigen Orte tätig ist, begaben sich noch heute zum Reichskohlenkommissar nach Berlin, wo das Lieferungsrecht schriftlich festgelegt werden soll. Die schwarzen Diamanten sollen auf dem Wasserwege vom Rosel-Obertanal durch Leichter nach Lübeck befördert werden, wo sie in etwa 5-6 Wochen eintreffen. Die Leichter sind bereits gesichert. Die Herbeischaffung ober-schlesischer Kohle ist um so mehr zu begrüßen, weil Oberschlesien nicht zu unserem Lieferungsbezirk gehört. Denn Vorbedingung eines halbwegs erträglichen Zustandes im Winter bleibt die Inangahaltung unserer Industrie. Wie wir von Augenzeugen erfahren, befinden sich in Oberschlesien etwa 500 000 Tonnen Kohlen auf Halben. Es werden etwa 95 000 Tonnen täglich gefördert und nur 30 000 Tonnen abgefahren. Eine bedauerliche Tatsache unserer mangelhaften Transportverhältnisse.

Der Straßenbahnverkehr ist im Laufe des Vormittags verkehrswise wieder aufgenommen worden, und zwar auf Linie 12, 14, 3 und 4. Auf Linie 9 werden die Bahnen alle 40 Minuten verkehren. Man hofft vom Sonntag ab auch die übrigen Linien wieder in Betrieb zu setzen, was allerdings davon abhängt, daß die in Aussicht gestellten Kohlenlieferungen auch wirklich eintreffen.

Der Verkehr am Hafen beginnt wieder reger zu werden. Die Dampfer kommen zahlreicher und Segelschiffe skandinavischer und holländischer Typs zeigen ebenfalls, daß unsere wichtige Verkehrsader an Leben gewinnt. Die Dampfwinden rasselnd wieder, aus gewaltigen Schiffsbauden werden Waren aller Gattungen herausgeholt und hineingefördert. Insbesondere die dänischen Dampfer werden tüchtig vollgepumpt. In den großen Schuppen lammt sich der Vorrat und am Kai liegen ladebereit die verschiedensten Industrieerzeugnisse: Eisenbahnmaterial und Kleinbahnmaterial, Stab- und T-Eisen, Eisenplatten, Röhren, Locomotivprodukte, Säuren, Salz, überflüssiges Müllgut, Tornier, Patronentaschen, Kappen, Kieselsteine verschwinden im Schiffsraum. Holz, Erz, um darunter auch Nahrung bringen die nordischen Staaten. Aber alles ist nur der Anfang des großen Warenaustausches, der hoffentlich bald voll einsetzt, damit in der West das Produkt deutscher Arbeit zu aller Nutzen wieder Geltung erhält.

Fünzig-Pennig-Stücke aus Aluminium sollen nach Berliner Meldungen noch in diesem Monat ausgegeben werden, um dem fühlbaren Mangel an Kleingeld abzuwehren. Die Fünzig-Pennig-Scheine der Städte sollen gleichzeitig eingezogen werden. Im ganzen werden angeblich 100 Millionen Fünzig-Pennig-Stücke ausgegeben. Für die Herstellung neuer Ein- und Zwei-Pennig-Stücke wird zurzeit noch eine neue Legierung gesucht. Die Fünzig-Stücke aus Aluminium werden eingezogen, da der hohe Preis dieses Metalls die Münze über ihren Wert verteuert.

Spekulation des Auslandes in Reichsmark. Die Lübecker Importfirma S. Woschell & Co. m. b. H. die seit über 70 Jahren Einfuhrgeschäfte von Skandinavien nach Deutschland mit Eisen und hochwertigem schwedischen Eisen und Stahl betreibt, hat an die Reichsregierung eine Eingabe in der Valutafrage gerichtet, in der auf Grund persönlicher Erfahrungen in den betreffenden Ländern einige Gründe unserer Valutawertung darzustellen sind. Sie schreibt u. a.: Es war unser Glück, daß in Dänemark jeder Bauer Marknoten und Markwerte gekauft hatte, in der Hoffnung, daß der Markkurs nach dem Kriebe wieder hoch gehen würde (wozu er auch einen Anlauf nahm), ebenso liegt es in Schweden, wo viele größere und kleinere Spekulanten sich unter Ausnutzung des niedrigen Kurzes Reichsmark gekauft haben. Alle diese Leute hoffen auf Eintritt normaler Verhältnisse in Deutschland und halten dann ein Anziehen des Markkurses für selbstverständlich. Dabei wollen sie dann verdienen. Diese vielen Hände sind heute das Aufnahme-Kleider für die Marknoten und Markwerte, welche von Deutschland dem Auslande angeboten werden. Wir haben somit in Deutschland alles zu tun, um diese vielen Hände (unserer Helfer!) zu ermutigen und haben alles zu vermeiden, was sie veranlassen könnte. Das nach Schweden gedrungene Gerücht, daß die Marknoten abgestempelt werden sollen, hat bei all diesen vielen Händen eine wahre Panik hervorgerufen. Man muß sich vorhalten, daß das Meer dazwischen liegt und die deutschen Gesetzbestimmungen dort nicht so genau gelten werden. Selbst bei vielen nordischen Banken entstand die Vorstellung, daß der Besitz an Marknoten wertlos werden könnte, wenn künftighin irgend eine Formalität überleben würde. Jedenfalls haben daraufhin zahllose Hände vorgezogen, sich von einem vielleicht von Konfiskation bedrohten Besitz zu befreien und es sind dadurch ungeheure Kosten von Markwerten auf den Markt geworfen worden. Käufer fanden sich nur zu sehr herabgesetzten Kurzen. Aber dieser Kursfall hatte wie immer noch eine Fernwirkung. Viele Deutsche sahen den Kurs in abgrundlose Tiefen sinken und suchten sich schnell noch ausländische Valuta zu sichern, was dann ein weiteres Angebot von Reichsmark und einen weiteren Kurssturz zur Folge hatte.

Eintreise in das britisch besetzte Gebiet. Ueber die aus geschäftlichen Gründen erfolgenden Einreisen in das britisch besetzte Gebiet sind der Handelskammer von der Handelskammer zu Köln neue, zum Teil vereinfachte Vorschriften zugegangen, von denen eine Abdruck in der Kanzlei der hiesigen Handelskammer (Breitestraße 61) abgegeben werden kann.

Wahlgebühren im Auslandsverkehr. Die vom 1. Oktober 1919 ab geltenden Postgebühren im Auslandsverkehr sind in einer übersichtlichen Zusammenstellung des Reichspostministeriums erschienen und stehen, soweit der Vorrat hiesigen Interessenten in der Kanzlei der Handelskammer zur Verfügung.

Berein der Rentempfangler. Seitdem das Versicherungs-gesetz in Kraft ist, sind die Renten ungenügend. Und heute, wo die Preise der Lebensmittel, für Schutzeug, Kleidung, Feuerung, Meile usw. so gewaltig gestiegen sind, daß es dem gesunden Arbeitenden nicht möglich ist, alles Nötige anzuschaffen, steigen die Armeisten der Armen noch erbärmlicher da, trotz der monatlichen 20 Mk. Zulage. Die Invaliden haben noch keine 100 Mk. Einkommen. Auf Erwerbslosen-Unterstützung haben die Invaliden keinen Anspruch. Die Berufsgenossenschaften liegen durch ihre Vertrauenssätze die Renten querschnitt, obgleich die Verletzten ihre gefunden Knochen den Kapitalisten zum Opfer brachten. Um diesen Mängeln abzuwehren, hat sich in Lübeck, Hamburg und anderen Städten ein Verein der Rentempfangler gegründet, der den Zweck verfolgt, bessere Zustände für Rentempfangler herbeizuführen. Der Verein hat in den 5 Wochen seines Bestehens annähernd 600 Mitglieder aufgenommen. Soll er günstig wirken, müssen sich ihm sämtliche Rentempfangler anschließen! Besonders die Unfallverletzten dürfen nicht fehlen. Der Eintritt beträgt 30 Pfennig, der monatliche Beitrag 20 Pf. Die Mitgliedererlämmungen werden jeden 1. und 2. jeden Monats durch Plakat im Postkeller bekannt gemacht. Aufnahmen finden außer in Versammlungen bei Rich. Holwig, 1. Vorf., Lg. Lohberg 47, Chr. Petersen, 2. Vorf., Dornestr. 40c, Gust. Blöb, 1. Kass., Engelsgrube 31/10, statt.

Genossenschaftsregister. Am 7. Oktober 1919 ist eingetragen die Firma: Gesellschaft für Gutschein-Kohlame eine eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Zweigniederlassung Lübeck. Der Sitz der Genossenschaft ist Dresden. Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Erwerbes ihrer Mitglieder mittels eines gemeinschaftlichen Gutschein-Kohlame-geschäftsbetriebes, insbesondere durch Erwerb von Schutzrechten aller Art (Markenzeichen und dergl.) für die Verwertung bei der Gutschein-Kohlame. Die Haftsumme beträgt 500 Mk. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile ist 10. Vorstand: Karl Reinhold Rudolf Berthold, Kaufmann in Dresden, Erich Fuhrmann, Kaufmann in Leipzig.

In den Kriegsküchen wurden im September an 80 Tagen 40 287 Portionen Essen abgegeben. Der tägliche Durchschnitt betrug an 30 Mittagen von 26 151 Portionen 872, an 26 Abenden von 14 133 Portionen 543.

Stadttheater. In Herbert Eulenbergs Tragödie „Kurtz von der Kreutz“ sind die Hauptrollen wie folgt besetzt: Kurtz Herr Stein, Charlotte Frau Niemann-Heidmann, Damnis Herr Volk. Weiter sind in wichtigen Rollen beschäftigt Fr. Hohenfeld und die Herren Moran, Dr. Kroug, Bänder und Schroth. Die Spielleitung führt Herr Heidmann. Am Freitag wird neu einstudiert Humperdinks bekannte Oper „Hänsel und Gretel“ mit den Damen Gander und Buchholz in den Hauptpartien gegeben.

Hansa-Theater. Die erfolgreiche Operette „Die Fackel des Friedens“ wird an allen Abenden der Woche wiederholt. Am Sonntag abend ebenfalls; der Vorverkauf hierzu ist bereits eröffnet. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Vorstellungen pünktlich um 7 Uhr beginnen.

Polizeibericht. Festgenommen wurde ein von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Urkundenfälschung und Betruges schriftlich verfolgter Boie von hier. Des weiteren wurde ein von der Staatsanwaltschaft Braunschweig wegen schweren Diebstahls schriftlich verfolgter Arbeiter aus Wismar festgenommen. — Wieder ergriffen und der Strafanstalt Lauerhof zugeführt wurde ein Straßengefänger, der von der Außenarbeit als Gefangener der hiesigen Strafanstalt am 24. v. Mts. entwichen war. — Am 8. ds. Mts., vormittags, ist ein vor dem Hauptpostgebäude hingekillt gemessenes Fahrrad mit dem vom Polizeiamt gestohlenen Nummernschildern 17 814 gestohlen worden. Des weiteren wurde von dem Hauskur des Hauses Königstraße Nr. 9 ein Fahrrad gestohlen. Dieses hat schwarzes Gestell und ebensolche Felgen, gerade Lenkstange; das Hinterrad ist überladert, während das Vorderrad auf der Felge mit grünlichen Strichen versehen ist.

Schwartzau. Beim Kastanienfressen zu Lode aefallen ist der neunjährige Sohn des Hotelbesizers Ramm. Er war auf einen Kastanienbaum geklettert, von dem er so unglücklich herunterfiel, daß er einen schweren Schädelbruch und Arm- und Beinverletzungen davontrug. Seinen schweren Verletzungen ist das Kind im hiesigen Krankenhaus erlenen.

Malente. Die frühere Hotelbesizerin Frau Witwe A. in Malente wurde an der Kellereipromenade als Leiche aus der Malentier Aue gezogen. Wohnungsloggen scheinen die Frau schwer mützig gemacht und in den Tod getrieben zu haben.

Hamburg. Ein aufgelegter Schwindel der Freiheit. Unter dieser Stichmarke bringt das Echo eine Klarstellung ihres aus der Redaktion ausgeschiedenen Kollegen Schiller, der nach der Freiheit wegen althergebrachter Kritik an den Reichskommissionen nachgerechnet sein soll. Es wird darin unzweideutig erklärt, daß Genosse Schiller weder gekündigt wurde, noch ihm eine Kündigung nahegelegt war. Schiller selbst hat sein Austrittsbegehren aus der Redaktion des „Echo“ nicht in einem Wort mit Differenzen über die parteipolitische oder parteifaktische Fragen begründet, sondern damit, daß ihm die von der Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Hamburg in Aussicht genommene Reorganisation der Redaktion nicht zulage und daß er sich davon kein weiteres gedeihliches Zusammenarbeiten versprechen könne. Die unabhängigen Gewinnrichter werden sich aber nicht abhalten lassen, weiter mit der Lilgenstraße hantieren zu gehen.

Hamburg. Zum Streit auf den Fischdampfern. Da die dem Seemannsbunde angehörenden Fischdampfermannschaften trotz des von den Seemannsbündern gefassten Beschlusses, den Streit abzubrechen, im Ausstand beharren und die Ausfahrt der Fischdampfer dadurch auf Schwierigkeiten stößt, haben die im Transportverband organisierten Seeleute nunmehr beschloffen, die Dampfer in Liebereinmündung mit den Reedern aus ihrem Kreise unter den folgenden Bedingungen zu belegen: 1. Angenommen werden nur Mannschaften, die sich als Mitglieder der Reichsflotte Seeleute des Deutschen Transportarbeiterverbandes ausweisen können. 2. Die Annahme erfolgt durch die paritätische, von einem Kontrolleur der Reichsabteilung Seeleute des Deutschen Transportarbeiterverbandes mitbestimmten Seewerke für Fischdampfer-Mannschaften, Altona. 3. Die Annahme erfolgt nur unter strengster Beachtung des zwischen den Fischdampfer-Reedereien und dem Transportarbeiterverband abgeschlossenen Tarifvertrags. 4. Für hinreichenden militärischen und polizeilichen Schutz der Mannschaften und Dampfer wird garantiert. — Laut Lokalanzeiger verhandeln in Bracke in Oldenburg kommunistische Seeleute das Auslaufen von Fischdampfern.

Hamburg. Die Bürgererschaft bewilligte 30 Millionen Mark für das Kriegsvorleistungsgeld, 18 Millionen Mark für die Erwerbslosenfürsorge und 15 Millionen Mark für den Ankauf ausländischer Kohle. — Beim Spielen ertranken. Beim Spielen am Polzdamm fiel der 14 Jahre alte Knabe Rose in die Älster und ertrank.

Hamburg. Erwischter Einbrecher. Vor einigen Tagen wurden hier am Neuen Steinweg für 120 000 Mark Pelzwaren geraubt. Jetzt ist der Dieb in der Person des lange gesuchten Ein- und Ausbrechers Weinde festgenommen worden. Es ist geblüht, für etwa 600 000 Mk. Diebstehle zu beschlagnahmen. Darunter für 210 000 Mk. Wäsche, für 50 000 Mk. Damengarderoben, für 50 000 Mk. Därme, für 70 000 Mk. Herrengarderoben, für 50 000 Mk. Gewürze usw.

Neumünster. Zur Wahl eines besoldeten Stadtrates wurde u. a. Magistratsassessor Dr. Hirschberg-Lübeck präsentiert. Die Wahl findet am 26. Oktober statt.

Kiel. Entlassung des Oberbürgermeisters. So plötzlich und geräuschvoll wie die Oberbürgermeisterwahl eintrat, so rasch und kluglos fand sie ihren Abschluß. Das war kaum anders zu erwarten, denn der Bruch zwischen dem Stadtoberhaupt und den Vertretern der Bevölkerung, der Stadinerordnetenversammlung, war ein zu heftiger, als daß es da noch irgendeinzu überbrücken, zu kompromittieren geben konnte. Der Kollegienrat lag ein Dringlichkeitsantrag vor, der die Ruhegehaltsfrage Lindemanns regelt. Die Kollegen genehmigten einstimmig die Vorlage, nach der L. das gegenwärtige Gehalt von 20 000 Mark und 5000 Mark Repräsentationsgelde erhält. Vom 3. Dezember 1924 ab jährlich je nach dem 18750 Mark. Schließlich befragt der Dringlichkeitsantrag, daß das zu erwartende Gehalt des Oberbürgermeisters auf Verlegung in den Ruhestand „im voraus genehmigt“ ist.

Cimshorn. Drei sozialdemokratische Stadträte gewählt. Bei den Stadtratswahlen wurden die Genossen Krause, Weiß und W. Sehn neben 2 Bürgerlichen erwählt.

Lübeck. Vieh schmuggel an der dänischen Grenze. Hier wurde ein Eisenbahnwagen mit 28 Stück fettem Vieh aus den Marschen, das nach Dänemark geschmuggelt werden sollte, beschlagnahmt. Der Schmuggel an der dänischen Grenze hat überhaupt großen Umfang angenommen. Infolge der spärlichen Grenzbeobachtung wird das Vieh einfach über die Grenze getrieben.

Wittenburg i. W. Ein gemeines Verbrechen wurde im benachbarten Neuenkirchen entdeckt. Als ein kleiner Besitzer morgens früh in den Stall kam, gemahnte er, daß Diebe in der Nacht eine Kuh abgeschlachtet hatten. Die Kuh lag noch da. Beim näheren Untersuchen gewahrte der Mann, daß ein toter Mensch darin eingewickelt und daß der Tote sein eigener Sohn war. Dieser kam aus englischer Kriegsgefangenschaft zurück und hatte wahrscheinlich die Diebe überbracht. Auf welche Weise der Bedauernswerte vor der Minute des Wiedersehens das Opfer der Banditen wurde, ist noch nicht aufgeklärt.

Englisch. Ankunft Kriegsgefangener aus England. An der festlich geschmückten und von einer erwartungsvollen Menge dicht besetzten Neuen Liebe landete Mittwoch morgen gegen 8 Uhr der Dampfer Melilla 886 Gefangene aus dem englischen Gefangenenlager Nerses. Es sind Mannschaften aller Waffengattungen und aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes. Die Heimkehrer wurden festlich begrüßt. Die Stimmung der Leute war gut, die Verpflegung ausgezeichnet, und alle waren mit der Unterbringung auf dem Dampfer sehr zufrieden. — Auch in Wilhelmshaven ist ein Transport mit 497 Kriegsgefangenen am Dienstag eingetroffen. Sie kommen vom Lager in Harwich.

Bremen. Der Streik der Hafenarbeiter ist beendet. Die Hafenarbeiter einschließlich der Mitglieder des Seemannsbundes haben Mittwoch morgen vollständig die Arbeit wieder aufgenommen.

Bremen. Abbruch des Seemannsstreiks. Die Seeleute haben Mittwoch die Arbeit vollständig wieder aufgenommen. Ausschlaggebend war dabei, daß bereits zwei Dampfer den Hafen verlassen und in Emden Besatzungen erhalten hatten. Nach bürgerlichen Meldungen betont die Streikleitung, daß man in Standinavien einen großen Seemannsstreik vorbereitet, und wenn dieser ausbrechen würde, wäre auch die Zeit für die deutschen Seeleute gekommen, zu einem neuen Schlage auszuholen.

Bremen. Luftverkehrslinie Kopenhagen—Warenmünde—Hamburg—Amsterdam. Die deutsche Luftreederei beschäftigt in absehbarer Zeit in Gemeinschaft mit einer dänischen Luftverkehrsgesellschaft einen Flugdienst zwischen Kopenhagen—Warenmünde—Hamburg—Bremen—Amsterdam verkehrswise einzurichten. In Bremen wird die letzte Zwischenlandung vor Amsterdam gemacht. Hier wird Betriebsstoff, der vorläufig noch fehlt, nachgefüllt und die Reise nach Amsterdam angetreten. Hier findet ebenfalls die letzte Zollrevision statt. Die Strecke Bremen—Amsterdam beträgt etwa 300 Kilometer, so daß mit einer Flugdauer von 2½ bis 3 Stunden gerechnet werden kann.

Bremen. Tarifvertrag im Braugewerbe. Im bremischen Braugewerbe ist ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Dieser sieht unter anderem auch eine Lohnerhöhung vor, welche bis 15. März 1920 bindend ist. Bis dahin dürfen neue Lohnforderungen nicht gestellt werden. Der letzten Bedingung stimmten die Arbeiter nur deshalb zu, weil sie erwarten, daß der von den Brauereien zum Ausdruck gebrachten Wunsch, bis zu diesem Zeitpunkt von dem jekian Bestand der Arbeiter keine wegen Mangels an Arbeit zu entlassen, auch entsprochen wird. — Kampf zwischen Polizei und Einbrechern. Bei der Verhaftung einer vierköpfigen Einbrecherbande im hiesigen Freihaufen durch die hiesige Kriminalpolizei entspann sich ein heftiger Kampf, wobei ein Einbrecher erschossen und ein weiterer schwer verwundet wurde. Die gestohlenen Waren, die einen Wert von 100 000 Mk. hatten, und aus Heeresgut bestanden, wurden den Einbrechern abgenommen und in Sicherheit gebracht.

Oldenburg. Im Landtag wurden die eingebrachten Vorlagen den Ausschüssen überwiesen. Die Vorlagen über die Beschaffungsbefähigung, die Deckungsfrage und das Anleihegesetz dem Finanzausschuß, die Vorlagen betreffend Moorortkur dem Eisenbahnausschuß und die Vorlage für Schaffung einer Polizeitruppe dem Verwaltungsausschuß. Die letztere Vorlage wurde durch den Ministerpräsidenten zurück begründet. Eine Truppe sei notwendig, um gegen allen Putschversuchen von rechts oder links, die einmal kommen sollten, vorbereitet zu sein. Damit war die Tagesordnung erledigt. Wann das Plenum wieder zusammentritt, ist noch unbestimmt.

Neueste Nachrichten.

Schiebungen bei der Metallverwertungs-Gesellschaft entdeckt.

Berlin, 9. Oktober. Große Schiebungen sind bei der Metallverwertungs-Gesellschaft entdeckt worden. Mehrere Personen, darunter der Direktor eines Hamburger Hüttenwerkes, wurden verhaftet.

Neue Massen-Ausweisungen im Elsaß.

Berlin, 9. Oktober. In Elsaß-Lothringen finden neuerdings wieder Massen-Ausweisungen statt.

Der revolutionäre Kurs in Italien.

III. Lugano, 9. Oktober. Nach einer kürzlichen Schließung hat der italienische Sozialistentag in Bologna Dienstag mit 48 000 gegen 18 000 Stimmen das maximalistische Programm angenommen. Das Programm fordert die gewalttätige Aufhebung der proletarischen Diktatur mit Arbeiter- und Soldatenräten als Mittel für die Aufhebung der kommunistischen Wirtschaftsordnung.

Bulgarien bittet um Fristverlängerung.

III. Versailles, 9. Oktober. Der Vertreter der bulgarischen Friedensordnung in Paris überreichte der Friedenskonferenz eine Note, in der er um eine Verlängerung der Frist zur Verantwortung des Friedensvertragsentwurfes um 10 Tage ersucht.

Lloyd Georges Jubel über die Niederlage der Eisenbahner.

III. Amsterdam, 9. Oktober. Der Amsterdamer „Telegraph“ meldet aus London: In seiner Rede im Mansion House, welche Lloyd George nach der Feier im Guild-Hall, wo Lloyd George das Ehrenbürgerrecht der Stadt London verliehen wurde, hielt, führte er aus, daß die Regierung eine rein bürgerliche Organisation ins Leben gerufen habe, um die allerwichtigsten Transporte im Gange zu halten. Diese Organisation hätte ausgezeichnet gearbeitet. Der Ausstand habe bewiesen, daß England ein wirklich demokratisches Land sei, und daß die öffentliche Meinung die Oberhand behalten müsse. England habe wiederum einen großen und dauerhaften Sieg der wahren Freiheit errungen, indem es einen Versuch, die Gemeinschaft zu zwingen, sich einer kleinen Minderheit zu fügen, erfolgreich Widerstand leistete.

Freilassung deutscher U-Bootmannschaften in Spanien.

III. Madrid, 9. Oktober. In Ferrol wurden die Mannschaften der deutschen U-Boote „U 23“ und „U 28“, die seit der Verhaftung dieser Boote inhaftiert waren, auf Befehl der Regierung freigelassen.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwabe. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Lübeck in Lübeck

Fleischausgabe.

In der Woche vom 6. bis 12. Oktober 1919 werden auf die Reichsfleischkarte für erwachsene Personen 125 Gr. Rindergeflügelfleisch, für Kinder unter sechs Jahren die Hälfte, ausgegeben. Der Preis für 125 Gr. beträgt:

für Suppenfleisch . . . Mk. 1.15
für Bratenfleisch . . . Mk. 1.35

Nur dem Gefrierfleisch gelangen auf die Fleischkarte für erwachsene Personen 250 Gr. amerikanisches Schweinefleisch, für Kinder unter 6 Jahren die Hälfte, zur Ausgabe. Der Preis für 250 Gr. beträgt Mk. 2.00. Ferner wird Fleischwurst, soweit vorrätig, ausgegeben. Militärpersonen, Besucher und zurückkehrende Kriegsgefangene erhalten ihre Fleischware bei dem Schlachtereimeister H. Meincke, Schüsselbuden Nr. 30. Das auf Grund ärztlichen Attestes Kranten zuteilende Fleisch ist nur bei dem Schlachtereimeister W. Rahlf, Holstenstr. Nr. 3, zu entnehmen.

Lübeck, den 8. Oktober 1919. (8486)

Das Landesverorgungsamt.

Regierung. Cuxin, den 9. Oktober.

1. Nachdem die letzte Wahl zum Landesauschuss vom Ministerium für ungültig erklärt ist, wird bestimmt, daß die erforderlichen Neuwahlen zum Landesauschuss am

Sonntag, dem 16. November d. J.,

stattzufinden haben. Zu wählen sind 26 Abgeordnete; für jeden Abgeordneten ist zugleich ein Ersatzmann zu wählen.

Die Wahlen finden statt von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

2. Die bei der Wahl für die verfassunggebende ländliche Landesversammlung benutzten Wählerlisten sind auch für die Wahl zum Landesauschuss in Gebrauch zu nehmen und zwar insofern, als von ihnen zwei Abschriften zu nehmen sind. Am Kopf dieser Abschriften, welche unverzüglich anzufertigen sind, ist zu vermerken: Abschrift für die Wahlen zum Landesauschuss.

Eine wiederholte Anlegung und Berichtigung der Listen findet nicht statt.

Es müssen jedoch auf ihren Antrag

1. Wahlberechtigte, die inzwischen in einen anderen Stimmbezirk verzogen sind, in die Wählerliste dieses Bezirks übertragen werden, wenn sie eine Bescheinigung des bisherigen Gemeindevorstandes über ihre Streichung in der Wählerliste beibringen.

2. Personen, welche die Wahlberechtigung inzwischen erlangt haben oder bis zum Tage der Wahl erlangen werden, in die Wählerliste nachträglich aufgenommen werden.

Wahlberechtigte, die in einen anderen Stimmbezirk verzogen sind, aber sich nicht in die Wählerliste des neuen Wohnorts haben einschreiben lassen, können noch in dem alten Bezirk wählen.

Der Antrag ist spätestens 2 Wochen vor dem Tage der Wahl zu stellen und von dem Gemeindevorstand binnen 5 Tagen zu erledigen.

Die Aufnahme in die Wählerliste hat in der Form eines Nachtrages zu erfolgen.

3. Die Einteilung der Stimmbezirke, die Wahlräume, die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter werden in den nächsten Tagen öffentlich bekannt gegeben werden. Die Gemeindevorstände haben spätestens am 7. Tage vor dem Wahltag in ersichtlicher Weise eine entsprechende Bekanntmachung zu erlassen, wobei Tag und Stunde der Wahl anzugeben ist. (§ 29 der Wahlordnung.)

Die Bescheinigung darüber, daß diese Bekanntmachung in ersichtlicher Weise binnen der vorgeschriebenen Frist erfolgt ist, ist von den Gemeindevorständen auf den Abschriften der Wählerlisten zu erteilen.

4. Die erforderliche Anzahl von Formularen wird rechtzeitig alsbald geliefert.

Für die neugebildeten Stimmbezirke sind die fehlenden Wahlurnen seitens der Gemeinde rechtzeitig zu beschaffen.

Wegen der Größe der Wahlurnen wird auf § 32, Abs. 2 der Wahlordnung verwiesen.

5. Die von den Gemeindevorständen zu erlassende Bekanntmachung ist mit der entsprechenden Bescheinigung über Ausgang usw. zu den Wahlorten zu nehmen.

6. Die Wahlvorsteher haben die Vorschriften über die Form der Wahl genau zu beachten und rechtzeitig dafür zu sorgen, daß am Wahltag der Wahlraum mit den vorgeschriebenen Einrichtungen versehen ist, auch zu veranlassen, daß ein Abdruck des Wahlgesetzes und der Wahlordnung der versammlunggebenden ländlichen Landesversammlung sowie der nach § 27 der Wahlordnung durch den Landesauschuss für den Wahlkreis zu erlassende Bekanntmachung im Wahlraum aufhängen.

Die Wahlprotokolle sind von den Wahlvorstehern mit sämtlichen zugehörigen Schriftstücken ungekürzt, jedenfalls aber so zeitig dem Wahlkommissar einzureichen, daß sie spätestens im Laufe des dritten Tages nach dem Wahltag in dessen Hände gelangen.

Das von den Wahlvorstehern aufgelegte Porto und etwaige sonstige Kosten des Wahlverfahrens sind aus der Gemeindefasse zu erheben.

Dr. Meyer-Rosenberg.

Betrifft Wahlen der Abgeordneten zum Landesauschuss für den Landesteil Cuxin

Zu Beisitzern des Wahlausschusses (Wahlordnung § 21) sind berufen die Herren:

1. Steuerrat Christian Hansen, Cuxin,
2. Rentant a. D. Gerdert Goetz, Cuxin,
3. Drechsler Franz Ziefemer, Cuxin,
4. Kaufmann Hermann Schöler, Cuxin.

Zu Vertretern der Beisitzer sind ernannt die Herren:

1. Obersekretär Carl Krog, Cuxin,
2. Wegewärter Kuhl, Freudenort.

Der Wahlausschuss tritt zur öffentlichen Sitzung über die Zulassung der Wahlberechtigten und ihrer Verbindungen, welche letztere bis zum 9. November 1919 zu erklären sind, am

Montag, dem 10. November 1919

und zur Ermittlung des Wahlergebnisses am

Sonntag, dem 22. November 1919,

jeweils vormittags 10 Uhr,

im Regierungsgebäude in Cuxin zusammen.

Cuxin, den 9. Oktober 1919.

Der Wahlkommissar,
Dr. Meyer-Rosenberg,
Regierungs-Präsident.

Stoffe

für

Kleider, Blusen, Mäntel

Gute Friedensqualitäten in reichen Farbensortimenten wetteifern mit tausendfältiger Auswahl. Die gewaltigen Vorräte und die billigen Preise ermöglichen es Ihnen, ganz nach Wunsch Ihren Bedarf zu decken.

Rudolph Karstadt Lübeck

Geschäftsübernahme.

Den Einwohnern von Cuxin und Umgegend mache ich hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage **Geniner Baum** übernommen habe.

Die Wirtschaft

Sonntags, den 10. Oktober, Anfang 6 1/2 Uhr:

== **Antrittsball** ==

Eduard Hilbert.

Schuhmacher-Zwangsinnung.

Erste Versammlung

Montag, den 13. Oktober, 3 1/2 Uhr nachmittags, in den Zentralhallen, Denkmalsstraße 20-22.

Tagesordnung: 1. Vorstandswahlen. 2. Verschiedenes.

Wahlberechtigtes Erscheinen erforderlich.

Der prov. Vorstand.

Stadthallen - Lichtspiele

Lübeck. Mühlenbrücke 13.

Am 3 Tage, 7.-9. Oktober

Heldin der Liebe.

Drama in 5 Akten

mit Carlo und Clara Wieth.

Sündenböcke.

Lustspiel in 2 Akten.

Gauprofesse: Fritz Steidel.

Der Provionsschlucker

Lustspiel in 1 Akt.

Industrie- und Naturaufnahmen.

Waisenhof Tanz.

Freitag 8476

u. Sonnabend

Konzerthaus Flora.

Tanz

Neu-Lauerhof

Grobes Tanzkränzchen.

Arbeiter-Turnverein v. Stockelsdorf u. Umg.

Gründung einer Altherren-Kiege.

Alle diejenigen, welche gewillt sind, der Altherren-Kiege beizutreten, wollen sich gefl.

am Freitag, 10. Oktbr.,

abends 8 Uhr

im Vereinslokal Gesellschaftshaus Fackenburg

einfinden. (8500)

NB. Abmarsch der Fußball-Abteilung Sonntag

nachm. 1 1/2 Uhr vom Vereinslokal nach Cleverbrück.

Der Vorstand.

Gesangverein „Lyra“.

Einladung zum 19. Stiftungsfest

am Sonnabend, 11. Oktbr.

im Lokal Friedriehshof.

Anfang 6 Uhr.

Der Vorstand.

Hansa-Halle.

Morgen Freitag: (8504)

Gr. Kavallerball.

Arbeit-Turnverein Lübeck.

General-Versammlung

am Freitag, 10. Oktober,

abends 7 1/2 Uhr

im Vereinslokal,

Fr. Lender,

Hundestraße 41.

Der Vorstand.

(8495)

Deutscher Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

sämtlicher bei den

Holzspediteuren

beschäftigt. Arbeiter

am Freitag, dem 10. Oktober

abends 7 1/2 Uhr

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Bericht der Lohn-

kommission.

Zahlreiches Erscheinen

der Mitglieder ersucht

(8499) Die Ortsverwaltung.

Seeretz.

Großer Ball

d. Freiwillig. Feuerweh

am Sonnabend, 11. Oktober.

Anfang 7 Uhr. (8475)

Hierzu ladet freudl. ein

Gustav Sablonski.

Unabh. Soziald. Partei.

Stockelsdorf.

Einladung zum

Ball

am Sonnabend, d. 11. Oktober

im Gesellschaftshaus

Fackenburg.

Anfang 7 Uhr. Ende morg.

Ausgeführt von d. Künstler-

Kapelle Sulanke.

(8466) Das Komitee.

Groß-Lübeck

Humor. Restaurant

neb. dem Stadttheater.

Täglich:

Walter Grandt

der Geigertönig von

Lübeck uhm. (8471)

Rüdwick.

M. Dieckmanns Gasthof

Freitag, 10. Oktbr. (8496)

Tanzkränzchen.

Hansa-Theater

Donnerstag punkt 7:

Die Faschingsfee.

Operette von E. Kalman.

Freitag

und folgende Tage:

Die Faschingsfee.

Operette von E. Kalman.

Freitag

und folgende Tage:

Die Faschingsfee.

Stadttheater Lübeck

(8497)

Donnerstag, d. 9. Oktober:

Anfang 7 Uhr.

Schauspielgemeinde

Grüne Karten.

Kurth von der Kreith.

Tragödie in drei Akten

von Eulenberg.

Freitag, den 10. Oktober:

4. Vorst. im Freitag-Abonn.

Hänsel u. Gretel.

Hierauf:

Der betrogene Kadi.

Sonnabend, d. 11. Oktober:

Carmen.

Sonntag, den 12. Oktober:

Anfang 2 1/2 Uhr:

2. Fremdenvorstellung.

Der Biberpelz.

Anfang 7 Uhr:

Hänsel u. Gretel.

Hierauf:

Der betrogene Kadi.

Wollen und Können.

Die Politik der Regierung des Freistaates Neuch zeigt, daß die „Unabhängigen“ dort, wo sie praktisch mitarbeiten und die Verantwortung mittragen müssen, anders arbeiten, reden und schreiben, wie dort, wo sie sich nicht mit anderen Parteien in die Regierungsgewalt teilen müssen. Den Unabhängigen ist natürlich die Ausschaltung dieser Tatsache durch die bösen Mehrheitssozialisten höchst unangenehm. Sie fürchten, daß die Massen schließlich doch auf den Gedanken kommen könnten, daß sie im allgemeinen wieder besseres Wissen handeln. Auch das Berliner Organ der Unabhängigen müht sich in einer längeren Polemik ab, die Schuld für die Politik in Neuch auf die Reichsregierung abzuwälzen, denn „die grundsätzliche Politik der Sozialisten in Weimar und Berlin wirkt leider auch stark auf die Gliedstaaten zurück“. Aber die „Freiheit“ rechtfertigt, natürlich ganz unbewußt, diese „grundsätzliche Politik“, indem sie an einer anderen Stelle sagt: „Treibt Neuch, das von allen Seiten von rechtssozialistischen Kleinparteien umgeben ist, aber eine wesentliche radikalere Steuerpolitik, so gibt es für die wenigen Kapitalisten nichts Bequemeres, als einige Kilometer nach Osten oder Westen zu ziehen.“ Wendet man das, was die „Freiheit“ hier sehr richtig von Neuch sagt, auf die Politik des Reiches an, so kommt man zu einer Rechtfertigung der Politik der Reichsregierung.

Wir alle, mit Einschluß unserer Genossen in der Regierung haben den lebhaften Wunsch, eine ausgesprochen sozialistische Politik zu treiben. Wir können das aber nicht nur darum nicht, weil wir nicht über eine sozialistische Volksmehrheit verfügen, sondern auch darum nicht, weil wir rings um uns kapitalistische Staaten haben, weil die ganze Welt nach kapitalistischen Grundrissen regiert wird. Ganz abgesehen von den Wirkungen des Friedensvertrages. Wir können uns nicht von der Welt abschließen, weil wir ohne sie nicht leben können. Wollen wir wieder zu gefundenen Verhältnissen kommen, dann genügt es nicht, alles was von der Regierung kommt, herabzuwürdigen, dann müssen wir produzieren und unsere Produkte ins Ausland bringen. Damit sind wir mehr als bisher an den ausländischen Kapitalismus gebunden, wir sind geradezu auf ihn angewiesen; er hat unser Schicksal in der Hand und kann uns zu jeder Zeit den Todesstoß versetzen. Das ist für uns eine bittere Wahrheit, eine Tatsache, mit der wir zu rechnen haben. Man mag demgegenüber bemerken, daß man sich in Rußland auch nicht darum kümmere, daß man den Kapitalismus dort bis aufs Messer bekämpfe. Was hat es aber für einen Zweck, den inländischen Kapitalismus abzumursen, wenn man auf der anderen Seite dem ausländischen Konzeptionen machen muß? In Rußland ist man heute so weit. Durch eine unfruchtbar demagogische Bekämpfung der Bourgeoisie hat man die Industrie, das Transportwesen, die Landwirtschaft, kurzum das ganze Wirtschaftsleben ruiniert. In der höchsten Not ruft man nun den triumphierenden Entente-Kapitalismus in das Land, um durch ihn das Leben des Volkes zu retten. Das ist ein bitterer Ironie, wie der russische Wohlfeiner zu behaupten wagt, zumal alle Maßnahmen der russischen Regierung die Zertrümmerung des Kapitalismus zum Ziele haben. Diese Methode der „Volksbeglückung“ lehnen wir ganz entschieden ab. Darum müssen wir uns heute lieber darauf beschränken, unserem Kapitalismus die Klauen zu beschneiden.

Die U. S. P. D. sollte sich endlich von ihrer nur auf Agitation zugeschnittenen Politik lossagen und in sie die bestehenden Tatsachen als Faktoren einsehen. Dann wird es nicht schwer werden, die Gesamtarbeiterschaft zu einigen und in den deutschen Parlamenten eine sozialistische Mehrheit zu erzwingen. So nur wird es uns möglich sein, eine Politik zu treiben, die der ganzen Welt zeigt, daß der Sozialismus die Kraft besitzt, ein am Boden liegendes Volk wieder aufzurichten. Dadurch werden wir unsere Genossen im Auslande in ihrer Tätigkeit anspornen, ihnen eine Stütze sein und die moralische Kraft geben, auch in ihren Ländern dem Sozialismus

zum Siege zu verhelfen. Diegt überall der Kapitalismus am Boden, dann wird das vereinte internationale Proletariat das Ziel erreicht haben, dem seine Besten ihre Lebensarbeit weihen.

Der Kampf gegen den Kapitalismus.

Eine zeitgemäße Betrachtung.

Aus Genossenschaftskreisen wird uns geschrieben: In England herrscht gegenwärtig eine starke Empörung über die unerhörten Preistreikereien. So hatte in London eine Riesenerkrankung von etwa einer halben Million Menschen sich dem Kampfe gegen die Profitjäger heischichtig und eine Entschließung angenommen, die sich gegen den Einfluß des Trustes auf die Regierung richtete. Es wurde verlangt, daß die Regierung sich mit den Genossenschaften in Verbindung setzen solle, um Import und Verteilung zu möglichst niedrigen Preisen zu ermöglichen. Die Genossenschaften versorgten bereits erfolgreich ein Drittel des britischen Volkes mit allem, was zum Leben notwendig ist.

Was in England Mittel gegen eine wirtschaftliche Krankheit ist, muß bei uns gegen die gleiche Krankheit Heilmittel sein. Nur anwenden soll man dieses heilsame Mittel. Jammern gegen die Preistreikereien und dabei die Hände in den Schoß legen, ist dem Verhalten manches Kranken gleichzusetzen, die lieber verelenden, als den kundigen Arzt ins Haus zu lassen.

Auch hier in Lübeck fand am Montag eine große öffentliche Volksversammlung, die von mehreren Tausend Personen besucht war, statt, in der es, nachdem der Referent Wels-Berlin sein Referat beendet hatte, recht bunt herging. Von den radikalen Disziplinärern wurde das kontroverse Zeug verzapft. Uns Deutschen fehlt der höhere Schwung, der den Engländern eigen ist. Das erleben wir aus der vorstehenden Nachricht, daß das englische Volk es begriffen hat, sich mit Hilfe der Genossenschaften gegen den Preiswucher und die Ausbeutung zu schützen. Um was dreht es sich denn eigentlich heute bei uns: Um Leben und Gesundheit und die Existenz jedes einzelnen. Und das heißt: um meine Existenz zu haben, muß ich etwas tun, um leben zu können, muß ich essen, um essen zu können, muß ich etwas verdienen, ich muß, mit einem Worte gesagt, arbeiten, um leben zu können. Nun haben die meisten Diskussionsredner in dieser Versammlung geschimpft auf den verdammten Kapitalismus und vorgegeben, für den Sozialismus zu kämpfen. Den Willen, für den Sozialismus zu kämpfen, wollen wir auch den Diskussionsrednern, die ihrer Unzufriedenheit dort Ausdruck verliehen, zuerkennen, aber der Weg ist nicht richtig, den sie gehen wollen. Ziehen tun wir alle an einem Strang, denn letzten Endes wollen wir doch alle den Sozialismus aufzurichten. Den können wir aber nur aufzurichten, wenn wir praktisch sind. Bei dieser Gelegenheit soll an unsern großen Barkämpfer des utopischen Sozialismus, Robert Owen, erinnert sein, dessen utopische Einrichtungen zusammenbrechen mußten, weil die kapitalistische Welt keinen Fremdkörper neben sich duldet und weil die Vorbedingungen damals noch längst nicht erfüllt waren. Nun soll allen Diskussionsrednern, die mit den heftigen Zuständen nicht zufrieden sind, und den Kapitalismus ebenso wie wir heftigen wollen, einmal die Frage vorgelegt werden, ob sie schon einmal ernstlich daran gedacht haben, wie man den Kapitalismus eigentlich am wirksamsten bekämpft? Dann empfehle ich ihnen die vorstehenden Zeilen aus England zum eifrigen Studium, denn darin liegt der Weg vorgezeichnet, wie man am schnellsten und praktischsten zum Sozialismus gelangt. Wenn man sich in großen öffentlichen Volksversammlungen hinstellt und den Kapitalismus angeblüht bekämpfen will und auf der anderen Seite seine lauer verdienenden Großen den privatkapitalistischen Unternehmungen dadurch zuführt, indem man seine Bedarfsgegenstände aus diesen Einrichtungen kauft, hat man kein Recht, sich als Kämpfer für den Sozialismus zu gerieren. Die Diskussionsredner haben wir aber ein, sich den praktischen Sozialismus in der Hansastraße 180 einmal anzusehen, dann wollen wir uns weiter über den Sozialismus unterhalten. In der neuen Verfassung der Deutschen Republik ist gesagt: „Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sind die

Träger der Gemeinwirtschaft.“ Wenn wir nicht verstehen lernen, diese gesetzliche Bestimmung zu nutzen, wird es mit dem Sozialismus noch recht gute Wette haben.

Ein verlorener Streik in der Seefahrt.

Als Erwiderung zu dem Sprechsaalartikel des Deutschen Seemannsbundes wird uns aus den Kreisen der im Transportarbeiterverband organisierten Seeleute geschrieben:

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die Leitung des Deutschen Seemannsbundes, soweit man überhaupt von einer solchen reden kann, als der Seemannsstreik in einer geradezu leichtfertigen Weise vom Zaune gebrochen wurde, an ein Gelingen des ganzen Manövers geglaubt hat. Aber der Putz war vorbereitet, somit mußte er begonnen werden. Man hat sich das anders, viel großzügiger vorgestellt. Er sollte eine weit um sich greifende, große Aktion werden; die Seeleute sollten nur, weil man diese für das geeignete Element hielt für solche unernünftige Experimente, den Anfang machen. Im Monat Januar sagte einer der damaligen Vorführer einer Versammlung: Euch Seeleute haben wir extra ausgesucht, um die Revolution in die noch nicht von ihr heimgesuchten Länder zu tragen. Man merkte aber schon damals, daß die Seeleute für diese so wenig praktischen Unternehmungen keine große Anhänglichkeit besaßen. Deshalb mußten sich die radikalistischen Schaumschläger auf andere Methoden besinnen, und man hingte sich ein wirtschaftlich schillerndes Mäntelchen um, indem man mit allen möglichen Forderungen auf der Bildfläche erschien. Versprechungen aller Art wurden gegeben, an deren Erfüllung in jenen logenanten leitenden Kreisen selber nicht geglaubt wurde. Reflektierte wurde in der hahnheuchlerischen Weise getrieben, um die Seeleute vor den Karren der Bündlerleitung zu spannen. Mit geringen Beiträgen wurde begonnen, um dadurch den Seeleuten den Zugang zu dieser logenanten Organisation schmacht zu machen. Es wurde den Seeleuten erzählt, daß man keine Beamten brauche; die Seeleute wären Manns genug, um alles selber zu regeln; sie könnten ihr Schicksal allein, ohne Führer, zu einem bessern gestalten. Das Geld, das die Bonzen bekämen, könnte für die Seeleute verwandt werden. Die Beamten seien nicht radikal genug, nur deswegen würden all die Forderungen nicht bewilligt, nach denen der Seemann strebe. Die Führer seien keine Arbeitervertreter, sondern Arbeiterverräter.

Wie haben sich die Dinge nun entwickelt? Wo sind die geringen Beiträge geblieben, die man zuerst einfuhrte? Zahlt man im Deutschen Seemannsbunde nicht schon 1 Mk. pro Woche, 1 Mk. Extrabeitrag pro Monat, ohne den jetzt noch hinzugekommenen Beitrag von 15 Pf. pro Mitglied für die gegründete Zeitung? Sind es nicht bedeutend höhere Beiträge, als die des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Abteilung Seeleute? Im Transportarbeiterverband zahlt man Beiträge für gute Unterhaltungs-einrichtungen, z. B. bei Effektenverlust für Seeleute. Beim Deutschen Seemannsbund aber hat man in solchen Fällen das Nachsehen. Wenn es nun richtig wäre, daß die Beiträge in den alten Gewerkschaften nur für die Führer sind, woviel mehr muß das beim Deutschen Seemannsbunde zutreffen, wo den Mitgliedern in finanzieller Hinsicht kein Entgegenkommen gezeigt wird?

Sind die Angehörigen des Deutschen Seemannsbundes nicht auch mit der Zeit solche Geister geworden, daß sie heute nicht mehr auf dem Standpunkt von früher stehen? Denn gerade sie haben sich gut bezahlte Plätze geschaffen, deren Tätigkeit auswärts weiter bestehen kann, als sich aufgehoben (sie selber sagen, es sei radikal) zu bewegen; in den Versammlungen ein wildes, krauses, gedankenloses Gerede zu führen und den Seemann immer wieder von neuem einzuführen. Bonzen haben sie bekämpft, um selber solche zu werden. Was ist an ihrem ganzen Radikalismus? Wie vertreten jene Deutschen die aufgestellten Forderungen, sei es bei den Behörden oder bei den Unternehmern? Eine geradezu häßlich-erlicherische Art tritt dort hervor. Nichts Unrechtes, sondern ein widerliches, man möchte sagen, Wiesel ist alsbald zu bemerken. Es ist erklärlich, die Position scheint auf eine andere Art nicht mehr zu retten zu sein. Ist man erst im Verhandeln, die Seeleute könnten sich gefügt sein lassen, diese krausen Geister bekämen schon was fertig.

Aus rein politischen, politischen Gründen wurden die Seeleute als Mittel zum Zweck benutzt. Um sie an der Stange zu halten, wurden wirtschaftliche Forderungen damit nachträglich verbunden. Der Streik war von Anfang an ein zielgeborenes Kind. In der Großschiffahrt hat man in einer Bündlerversammlung durch Abstimmung seinen lange vorhandenen Zusammenbruch attestiert, erlobigt war der Streik auch ohne diese Abstimmung. Das einzig greifbare Resultat sind Not, Elend und Jammer, welche

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

6. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Und das Glück war ihm bei allen seinen Unternehmungen Holz, bei seinen Bahnbauten in Ungarn sowohl wie bei den noch größeren in Rumänien. Trotz der verheerenden Kalamitäten brachte er sie alle zu einem guten Ende. Und es gab für ihn keine größere Freude, als wenn er den geliebten Pfiff seiner Lokomotive und das dumpfe Tölen der Eisenkolosse in diesen weitentlegenen Gegenden vernahm, die er selbst erst mit der Kultur verbunden hatte.

In demselben Maße wie seine technischen Fähigkeiten, entwickelte sich auch sein Organisationstalent. Mit einem kleinen Stamm geschulter Leute drang er in unwirtliche, halbaraktische Länder vor und wußte sich dort aus einer Bande zusammengelaufenen Gefindels ein festes, ihm untertäniges Arbeiterheer zu gestalten, über das er verfügen konnte wie nur ein Generalissimus des dreißigjährigen Krieges über die ihm ergebene Soldateska. Trozdem war er mehr gefürchtet als geliebt von seinen Arbeitern. Längst hatte er sich gewöhnt, den Revolver in der Tasche zu tragen. Oft genug war das Wirtschafts- oder die Baracke, die ihm zur Wohnung diente, dem Angriff rebellierender Massen ausgesetzt. Aber er wußte sie stets niederzuzwingen durch List oder durch Gewalt.

Ohne es zu wollen, durch die Verhältnisse dazu gebracht, war aus einem Angestellten ein Subunternehmer geworden, der Straßen auf eigenes Risiko ausbaute. Dadurch legte er den Grund zu seinem großen Vermögen.

Schon vor seiner großen Zeit hatte er sich verlobt mit der Tochter eines kleinen Beamten. Er hatte das Mädchen eigentlich nie geliebt. Halb in einem Anfall von Verzagen, der ihm das beschiedene Dasein eines Familienvaters erstrebenswert erscheinen ließ, halb aus Dankbarkeit gegen die Eltern, die ihm in seiner ersten kümmerlichen Zeit viel Gutes erwiesen hatten, hatte er die Wahl getroffen. Später, als er in die Höhe kam, löste er sein Wort ein. Aber die kurze Zeit des Zusammenlebens war für die beiden eine Qual. Er paßte nicht zu dieser gedrückten kleinbürgerlichen Frau. Vielleicht weniger in Wirklichkeit als in der Einbildung, daß sie das ganze Leben hindurch seine Begleiterin sein würde, hing sie wie eine Kugel an seinen Füssen. Er war rauh zu ihr, ohne es zu wollen, sie verdaß ihm das Leben durch ihre kleinlichen Mäßelein. Er atmete auf, als er durch seine Reisen von ihr getrennt wurde.

Nach anderthalbjähriger Ehe starb sie, ohne daß sich die beiden einander geliebt hätten. Sie hinterließ ihm eine Tochter, die

bei der Großmutter blieb. Er vergaß seine Frau nach kurzer Zeit, und so wenig hatte er sich mit ihr eins gefühlt, daß er nicht einmal für sein Kind Interesse hegte.

So hatte sich Horstmanns Leben bis jetzt gestaltet. Ohne Stillstand, ohne Stoden, ohne Rücksicht war er gewachsen, höher und höher gestiegen, vom willenslosen Bauernjungen bis zum ringenden Arbeiter, der seine Bildung dem Schlaf der Nächte abkaufte, vom kleinen unterdrückten Ingenieur zum großen Unternehmer — ein Niese in seiner Arbeit. Die Natur hatte ihn geformt und das Schicksal hatte ihn ausserordentlich, einer Erzeugnisse der Menschheit zu dienen. Blind wie die Lokomotive, die nicht weiß, zu welchem Endziel sie über die Schienen dahinfährt, hatte er seinen Weg gemacht, mit seinem Eishelm alle Hindernisse zertrümmend, hatte Flüsse überbrückt, Berge durchbohrt, das Antlitz der Erde verändert, und dem Zeitalter des Verkehrs die Tore geöffnet. Die Weltarbeit hatte sein Leben ausgefüllt, und darüber war er fünfzig Jahre alt geworden.

Aber in jeder anderen Beziehung war seine Entwicklung krüppelhaft geblieben, und in vielen Dingen war er noch immer der dumpe Bauer wie damals, als er von den heimatischen Bergen heruntergestiegen war und mit erschrockenem Staunen vor allen Wunderdingen der Stadt die Augen aufgerissen hatte. In seinem Kopfe sah es seltsam aus. Die Ideen, die jedem Menschen von herkömmlichen Bildungsgänge natürlich sind, waren ihm fremd. Was er behaß, hatte er sich durch eigenes Nachdenken erlangt.

Er grubelte viel in seinen Ruhestunden, allerlei Gedanken zogen durch seinen Kopf, beim Würgang, aber wenn er abends auf seiner Diktomanie lag. Er war konservativ wie jeder, der Werke schafft, denen er Dauer wünscht, und revolutionär, wie es der ist, der sich durch Vorurteile hindurch seinen Weg hat bahnen müssen. Er besaß einen unerschütterlichen Gottesglauben, aber er haßte alles, was von der Kirche kam oder dorthin ging, er war ein Despot gegen seine Arbeiter und hielt alles, was nach Sozialismus ausah, für Verbrechen, aber für sich selbst fühlte er eine dumpfe Auflehnung gegen die von der Gesellschaft geprägten Normen. Vor allem war er ein tief einsamer Mensch. Der Verkehr, den er besaß, beschränkte sich auf die Wirtschaftsbekannteten auf die weniger gebildeten Untergebenen. Im Anfang seiner Ingenieurlaufbahn hatte er wohl einige Freunde gehabt. Aber diese Verbindungen hatten sich gelöst und neue sich geknüpft. Er sah ein, daß die Menschen nur so lange an ihm hingen, wie es ihrem Vorteil entsprach, und andere Stellungen suchten, wenn sie dort weiter kamen. Ihm war es recht so. Je älter er wurde, desto stärker, fremder und misstrauischer hielt er sich vor den Leuten verschlossen. Je weniger sie seine Freunde waren, desto zudäufiger konnte er sie beherrsigen. Er lebte allein mit seinem Hund.

Anderes Eigentum, als die wenigen notwendigen Dinge, die er sich gleich seinen Arbeitern in Koffern und Kisten verwahrt hielt, behaß er nicht, nicht mal ein eigenes Bett oder einen Tisch oder einen Stuhl.

In wenigen Stunden konnte sein Diener die Sachen packen, und er war bereit, weiter zu ziehen, wenn an einem Ort die Arbeit getan war. Wo er auch war, überall blieb er heimatisch. Wohl fühlte er sich mit der Zeit dem Zauber der Gegenden unterworfen, in denen er weilte, er liebte die weiten melancholischen Horizonte der ungarischen Tiefebene, in der der Schrei der Lokomotive sich majestätisch ausbreiten konnte, und die kühnen Kellentäler der Karpaten, wo der Zug über tiefe Abgründe hinfuhr und an die starren Felswände sich schmiegte wie die schwimmbelasteten Saumtiere. Aber niemals verließ ihn das Gefühl, daß er nur als Pionier hier weilte, und daß er in Deutschland zu Hause war. Während der ganzen Jahre war er nicht nach Luringen zurückgekommen. Er hatte dort für verschollen gegolten. Sechs Jahre war er schon fort, als er endlich an die Seinen schrieb. Aber von diesen antwortete niemand.

Nur der Dorfschulze teilte ihm nach einiger Zeit mit, was aus der Familie inzwischen geworden war. Seine Mutter war gestorben, sein Vater lag im Zuchthaus, er hatte im Wirtschaftsstreit einen Bauern erschossen. Seine Schwester war mit ihrem jüngeren Bruder nach Amerika ausgewandert. Die Dorfschmiede war in andere Hände gekommen. Einige Jahre später bekam er die Nachricht, daß auch sein Vater im Zuchthaus gestorben sei.

So hatte Horstmann allen äußeren Zusammenhang mit der Heimat verloren. Es wartete dort niemand auf ihn, der ihm irgendwie nahegeblieben hätte. Im Gegenteil war sein Name bei den Luringer Bauern verhaßt und geschändet. Und doch füllte er sich dort allein zu Haus. Nicht daß er an Heimweh gelitten hätte, nur wurzelte er noch mit seinem ganzen Fühlen und Denken in der Heimat. Er war ein Sohn des bergigen Landes geblieben, der deutsch sprachte und deutsch sein Frohlocken auferte. „Gott verdamme mich!“ und „O Dunnerkiel!“ blieben seine Lieblingsworte. Die Erinnerung an die schönen Bergtäler der Wupper, an die Schmiede, die ganz für sich vor dem Dorfe stand, an die Samstagabende, wo von allen umliegenden Höhen die Glocken geläutet hatten, während die Glut des Feuers langsam erlosch, und Vater und Sohn an der Pumpe ihre rüßigen Gesichter wuschen, und die Mutter über die noch nassen Dielen des Ganggangs weißen Sand streute — diese Erinnerungen waren ihm immer lebendig geblieben. Nur waren sie verstoffet, vergoldet durchs Alter. Die Heimat schwebte ihm wie ein Idealbild vor. Und je mehr er sich von der Korruption, mit der er täglich zu tun hatte, von der Rohheit, die ihm umgab, angewidert fühlte, desto stärker wuchs seine Ueberzeugung, dies alles sei in Deutschland anders und besser.

Fortsetzung folgt.

Die Herren über die Seelente und deren Familien gebracht haben. Derjenige, der in dieser feilen Weise einen Streik vom Zaune bricht, muß ein Verräter sein. Man hat als Arbeiter keine Veranlassung, sich selbst über diesen verlorenen Streik zu freuen, trotzdem er mitgeführt wurde, um die Gewerkschaften zu strangelieren. Ein Jammer ist es, wenn man sieht, wie diese Leute die Geschäfte der Unternehmer besorgen. Die Zukunft wird es den Seelenten zeigen, was sie diesen jedweden weiterschauenden Blick baren Elementen zu danken haben. Aus ganz bestimmten Gründen soll diese Frage hier nicht weiter ausgedehnt werden.

Nach einem Hinweis auf den Fischdampfer-Mannschaftsstreit. Dort soll die Komödie noch weitergehen, trotzdem es fast in jeder Hinsicht, wie widersinnig die Sache an sich ist. Der Kreis ist dort zu klein. Einer kennt den anderen. Keiner will zuerst anfangen. Es drängt die Menschen nach Verdienst, nach ihrer immerhin lohnenden Arbeit. Aber ein Sich-Mengeln vor der rohen brutalen Gewalt, die den Leuten angedroht wird, ist hier mitbestimmend. Welcher enorme Verlust kommt hierbei für die Mannschaften in Frage. Wir wollen nur annehmen, daß ein Fischdampfer im Monat eine Reise macht mit einem einigermaßen guten Fang, so hat der Schiffsmann doch einen Verdienst von 500 Mk. Man sieht also hier, wie tief dieser nicht scharf genug zu verurteilende Streik in das Leben der Familien dieser Leute einschneidet. Wie lange muß ein Familienvater arbeiten, um diesen Verlust wieder gutzumachen? Doch was scheren alle diese Fragen die Streikmacher? Sie bringen keine Opfer, sie spielen um Sein oder Nichtsein ihrer Existenz. Eine tieftraurige Episode schließt hier ab. Sie ist hervorgerufen durch die niederträchtige Tätigkeit der Organisations-journalisten. In diesen ersten Zeiten ist so viel „Nieder mit...“ gerufen worden. Es wird Zeit, daß die Seelente sich besinnen und ausruhen: Nieder mit den Organisationsjournalisten! Hinein in den deutschen Transportarbeiterverband, Abteilung Seelente.

Gewerkschaftsbewegung.

Wie sie sich schmierig saßen! Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Nach der Revolution nennen sich bekanntlich alle Angestelltenverbände „Gewerkschaften“. Sie wissen, daß jetzt auch die Angestellten von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt sind, und da sie den Abmarsch ihrer Mitglieder ins Lager des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Angestellten aufpassen und aufgeklärte Berufsgenossen einfangen wollen, nahmen sie den früher so verspotteten Titel „Gewerkschaften“ an. Aber sie nahmen auch nur den Titel an. In Wirklichkeit sind sie noch heute, was sie waren: Süßlinge des Unternehmertums. Unter keinen Umständen wollen sie die Sympathien der Arbeitgeber verlieren. Sie dürfen sich diese Sympathien nicht verlieren, da es für die wirtschafts-friedlichen Verbände eine Lebensfrage ist, die Beiträge und Unterführungen der Arbeitgeber zu erhalten. Denn allen Ablehnungen zum Trotz haben diese Verbände noch heute viele tausend Arbeitgeber in ihren Reihen. Noch jetzt sind eine große Anzahl Direktoren von Aktiengesellschaften, Aufsichtsratsmitgliedern und ganze Handelskammern unterstützende Mitglieder dieser Verbände. Noch jetzt nehmen diese Verbände Zuzahlungen, oder heutzutage gesagt, Schmiergelder von großen Industrie- und Handelshäusern. Der Illustration dieser Behauptung diene nachfolgende Mitteilung:

Am 24. April 1919 erhielten der Verband deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, Hartortstr., Kaufmännische Vereinigung von 1858, Bezirk Dresden, Verband reisender Kaufleute von der Zigarettenfabrik Georg A. Kasmah, Aktiengesellschaft, Dresden, durch Scheid 3000 Mark übergeben. Die Verbände haben den Betrag angenommen und quittiert. Am 9. April 1918 nahmen dieselben Verbände sowie auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte je 2000 Mark mit folgendem Begleitbrief:

Wir beehren uns, Ihnen in der Anlage unseren Scheid über 2000 Mark zu überreichen mit der Bitte, diesen Betrag zum Besten der ge-

meinnützigen Bestrebungen Ihres Vereines freundschaftlich verwenden zu wollen.

Wir bitten guter Ordnung halber um gefällige Empfangsbekundigung und empfehlen uns Ihnen mit vorzüglicher Hochachtung
Georg A. Kasmah
Aktiengesellschaft.

Die Verbände scheinen sich in ihrem Wohlverhalten den Arbeitgeber gegenüber gehorcht zu haben, denn während sie im Jahre 1918 mit 2000 Mark abgefunden wurden, erhielten sie im Jahre 1919 3000 Mark Schmiergelder. Wieviel werden sie im nächsten Jahre bekommen?

Angestellte, sorgt dafür, daß auch der letzte Kollege, die letzte Kollegin es erfahren: Alle dem Zentralverband der Angestellten entgegenstehenden Verbände sind geld- und wirtschaftsfeindlich.

Reich und Ausland.

Jugend von heute. Auf offener Straße wurde in Berlin der 20 Jahre alte Ruffler Karl Marx von dem 17 Jahre alten Oberrealschüler Rudolf Zander aus Hamburg erschossen. Zander, der Sohn eines Apothekers, benutzte die Ferien, um von seiner Heimat aus einen Ausflug nach Berlin zu machen. Hier stieg er in einem Hotel am Schlesiener Bahnhof ab. Auf seinen Spaziergängen lernte er eine Verkäuferin kennen, die Braut des Rufflers war. Beide gingen oft miteinander aus. Als der Ruffler dies erfuhr, stellte er dem Paare nach, ohne es aufzuspielen. Erst Montag erfuhr er, daß seine Braut mit einer Freundin in seinem Nebenbühler in seinem Hotel aufgesucht hatte. Es kam dort zu einem heftigen Aufritt zwischen den beiden jugendlichen Liebhabern, der damit endete, daß die Verkäuferin zu ihrer ersten Liebe zurückkehrte. Abends, kurz vor 10 Uhr, kam das Paar vor dem Hause des Marx in der Jordanstraße 53 an. Hier tauchte plötzlich der Oberrealschüler auf, der heimlich gefolgt war. Es entspann sich ein Ringkampf zwischen den beiden Nebenbühlern. Zander griff plötzlich zum Revolver und traf seinen Gegner so schwer, daß Marx im Krankenhaus gleich nach der Aufnahme starb. Der 17jährige Revolverheld wurde verhaftet.

Theater und Musik.

„Kameraden“, Komödie in 4 Akten von August Strindberg. Wenn Schwedens größter Dichter das Wort hat, dann bedeutet das mit ganz wenigen Ausnahmen, die aber kaum ins Gewicht fallen, daß das Verhältnis zwischen Mann und Weib den Streitgegenstand bildet. Noch mehr: unermüdlich hören wir aus seinem Munde die Predigt, daß der Weib das größte das Weib ist. Sein Haß gegen das andere Geschlecht kennt keine Grenzen. Es gibt keine Schleihtigkeit, die er nicht den Frauen andichtet. Und dennoch trifft vielleicht auf keinen Dichter das Sprichwort mehr zu, als gerade auf Strindberg, wonach über die Weiber schimpft, wer sie zu lieb gehabt hat. Die Tatsache, daß er, der große Weiberhasser, von einer Ehe in die andere taumelte, scheint uns dessen Beweis genug zu sein. Er liebte diese Teufelinnen trotzdem und allem! Aber wenn er schon an den Frauen keinen guten Fehlschlag: auch seine Männer sind durchaus keine Musterknaben. Gerade die „Kameraden“ sind in dieser Hinsicht ein weisheitsreicher Strindberg. Die Musterfamilie der Frauen, die er über die Bühne peitscht, wirkt nicht anstößend, sondern läßt eher ab. Aber auch der Maler Zelig, der unter den Männern die Führung hat, ist ein Kleingeist und Kleinigkeitsträger. Auch sonst können die „Kameraden“ nicht verurteilen, daß sie ihre Entstehung August Strindberg verdanken. Die Charaktere sind scharf herausgemeißelt, und die Handlung beschränkt sich auf einige wenige Vorgänge, die indessen anregen, um zu beweisen, was Strindberg beweisen will: daß es für zwei Menschen völlig unmöglich ist, als Kameraden, unter einem Dache nebeneinander zu hausen, so lange es zwei Geschlechter gibt, die einander so spinnwebig sind, wie Mann und Weib. Ueber kurz oder lang wird die Kameradschaft an der abgrundtiefen Gemeinheit der Frau zu Grunde gehen. Unser Theater hätte sich der Strindbergschen Komödie mit warmer Liebe angenommen. Rudolf von Solla w hatte die einzelnen Szenen plastisch herausgearbeitet und einen jeden an die

rechte Stelle gebracht. Besonders vom dritten Akt ab war das Gesamtspiel allen Lobes wert. Wir waren geradezu überrast, in der Bedegrube so tüchtige Leistungen zu sehen. Da wir erst vor etwas mehr als Jahresfrist Strindbergs „Kameraden“ an anderer Stelle in einer geradezu musterhaften Aufführung sahen, so wurden wir ganz naturgemäß immer wieder zu Vergleichen herausgefordert. Karl Moran erfreute uns als Axel durch sein ruhiges, abgeklärtes Spiel und seine scharfe Charakterzeichnung. Thea Kent als seine Kameradin Bertha erobert sich erst in der großen nächtlichen Abrechnungsszene zu einiger Bedeutung; vorher war ihr Spiel reichlich farblos und ohne scharfe Konturen. Auf die Aussprache darf sie im eigenen Interesse noch mehr Gemüht legen. Nicht übel wirkte Wilma S y o r als Mannweib Abel. Wenn der erste Schein nicht trügt, so werden wir wohl noch häufig Gelegenheit finden, dieser Künstlerin Blumen auf den Weg zu streuen. Schemenhaft gab Karl Heidmann den literaten Wilmer, so daß diese für den Gang der Handlung wichtige Gestalt unter den Tisch fiel. Einen wahrhaft erschütternden Eindruck machte auf uns Axel Heinz Stein, der infolge Erkrankung Karl Mündlers im letzten Augenblick den Leutnant Stark übernommen hatte. Dr. Egmont Kröug muß auf die Aussprache noch weit größere Sorgfalt verwenden; im übrigen war sein Doktor Determark so übel durchaus nicht. Martha H o h e n f e l d gab die trunke Frau Hall mit allen Kniffen und Wiffen. Magdalena P e f f e r, Mira S c h u l z und Dolly H e i s e r boten in kleineren Rollen nicht Unbedeutendes. Das Theater war äußerst gut besetzt, die Aufnahme, welche die Komödie fand, jedoch äußerst kühl. Offenbar ist man an der Trave noch nicht „Strindbergreif“.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)
Eine Vollversammlung der Lübecker Straßenbahner, die am 8. Oktober im Gewerkschaftshaus stattfand, hat beschlossen, an den Hohen Senat der freien und Hansestadt Lübeck folgende Eingabe zu richten: „In den Reihen des Personals der Lübecker Straßenbahn hat es lebhafteste Beunruhigung herbeigeführt, daß man den Straßenbahnverkehr in der Stadt und nach den meisten Vorstädten lahmgelegt hat, während die Bahnen nach den Hauptindustriestädten nach wie vor verkehren.“ Durch Aufklärung der Arbeitervertreter der Lübecker Straßenbahn, die den Verhandlungen, wo diese Maßnahmen beschlossen sind, beigewohnt haben, sind wir eines anderen belehrt worden. Die Gründe, die hierfür vorliegen, sind nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und wir unterlassen es, sie hier anzuführen. Unsere Vertreter stehen diesen Gründen auch skeptisch gegenüber, deshalb unternehmen wir diesen Schritt, da mit man über unsere An- und Abichten im Hohen Senate und in der Öffentlichkeit nicht im Unklaren bleibt. Wir beschließen uns nicht der Tassache, daß der bevorstehende Winter große Schwierigkeiten bereiten wird. Wir sind bereit, alles zu ergreifen, was auf uns zu nehmen, wir verlangen aber, daß mit einem gerechten Maße gemessen wird, und daß, wenn Einschränkungen im Verbrauch von elektrischer Kraft vorgenommen werden müssen, dieselbe gleichmäßig auf Industrie und Straßenbahn verteilt werden. Es dürfte dem Hohen Senate nicht unbekannt sein, daß die Betriebsleitung es sich als obersten Grundsatz gesetzt hat, viele Kriegsschädigte in den Dienst zu nehmen, da derselbe es gestattet, manchem Kriegsschädigten Aufnahme zu gewähren. Diese Vermisten haben vor allem ein Recht darauf, von der Industrie zu verlangen, daß auch sie sich in diesem Winter im Interesse des Allgemeinwohls Einschränkungen auferlegt. Alle Kriegsschädigten haben ihr Bein, ihren Arm, ihre Lunge oder sonst einen Teil ihres Körpers hingehalten und dadurch dazu beigetragen, daß die Industrie in Ruhe und ungehindert ihre Gewinne einheimen konnte. Das Personal der Lübecker Straßenbahn rechnet darauf, daß wenn das, was man befürchtet, eintreten sollte, die oberste Behörde der Stadt Lübeck auf seiner Seite hat, da seine Forderungen nur auf Recht und Gerechtigkeit beruhen.
Lübeck, den 8. Oktober 1919.
Der Arbeiter-Ausschuß der Lübecker Straßenbahn.
J. M. Bode.

Nachdem die letzte Landesauswahl vom Ministerium für unzulässig erklärt ist, wird es nunmehr, daß die erforderlichen Neuwahlen am

Sonntag, dem 16. November d. J.

stattfinden haben. Gemäß § 11 ff. des Gesetzes und § 11 ff. der Wahlordnung für die verfassunggebende obersächsische Landesversammlung fordern ich hierdurch zur Einreichung von Vorschlägen auf. Diese müssen spätestens am 4. November 1919 bei mir eingegangen sein und dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete beim. Erlaßgesetz zu wählen sind. In den Vorschlägen sollen die in erkennbarer Reihenfolge zu benennenden Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand und Beruf sowie ihre Wohnung so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Eine Zustimmungserklärung der Bewerber ist beizufügen. Die Verwendung der früheren Wahlvorschläge ist unzulässig.

Es sind zu wählen 26 Abgeordnete; zugleich ist für jeden Abgeordneten ein Ersatzmann zu wählen. Die Unterzeichner der Vorschläge (mindestens 50 der Wahlberechtigten des Wahlkreises unter jedem) sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beifügen. Es sollen nicht dieselben Unterschriften unter mehreren Wahlvorschlägen stehen. In jedem Vorschlag ist ein Vertrauensmann zu bezeichnen, der für die Verhandlungen mit mir und dem Wahlausschuß zur Zurücknahme des Wahlvorschlags sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmanns bezeichnen werden.

Mehrere Wahlvorschläge können bis zum 9. November d. J. mit einander verbunden werden. Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen angehören. Jede Gruppe verbundener Wahlvorschläge wird bei Verteilung der Abgeordnetenstimmen beim. Erlaßgesetz als ein Wahlvorschlag angesehen.

Entsch. den 9. November 1919.
Der Wahlkommissar:
Dr. Meyer-Rodenberg,
Regierungs-Präsident.

Nachruf.
Am 6. Okt. verstarb nach längerer schwerer Krankheit unser Kollege, der Tischler
Friedr. Krampholz.
Der Verstorbene war uns ein treuer Kollege. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Arbeiterchaft des Drägerwerks.
Die Beerdigung findet am kommenden Freitag nachmittags 3½ Uhr von der Kapelle des Zentraler Friedhofes aus statt.

Mädchen gesucht.
Gewinner Darm.
Sekretärin
f. einige Stunden vorm. gesucht. Erford. Kanzl. u. Schreib. Meldung. mögl. vorm. 11-12 Uhr. (8450)
Dr. Schwarz, Musterbahn 4.
Jüng. Landbursche ges.
Sine Handl. erf. erforderlich.
Johann Heier, Kramer, 8474 Lübeck, Marktquartier 19.
Bilderleisten
einrahmen
Oscar Tschachtel, Glasholz, Fleischhauerstr. 35, Frac. 2008

Unheimfall
erblicher Gräber.

Nach § 8 Absatz 4 der Friedhofs- und Bestattungsordnung vom 30. Juni 1915 ist die Friedhofsbehörde berechtigt, über die nachstehend aufgeführten früher erblichen Gräber, deren Ruhezeit bereits abgelaufen ist, nunmehr anderweitig zu verfügen. Bevor sie in diesem Rechte Gebrauch macht, fordert sie die früheren Grabberechtigten oder deren Erben auf, innerhalb 14 Tagen im Geschäftszimmer der Friedhofsbehörde, Fleißgauerstraße 29, Zimmer 5 oder bei dem Friedhofsaufseher, Jägerstraße 20, einen entsprechenden Antrag zu stellen, falls sie den Wiedererwerb oder die Ruhezeitverlängerung wünschen. Geht innerhalb dieser Frist ein Antrag nicht ein, so wird über die betreffenden Gräber anderweitig verfügt werden. (8484)

Die Friedhofsbehörde.
Dom.
T 9 II Komerup-Vorh.
St. Marien.
L 2 II Rebbien.
O 42 III George-Schmölter
N 7 II Kirchhof.
R 45 II Rieseland.
W 35 II Rappenaub.
V 24 II Röder.
St. Agidien.
T 6 I Sterig.
T 7 I
St. Petri.
A 34 I Jerom.
St. Jacobi.
G 42/43 III Meyer,
V 40 II Boigt geb. Suhrberg.
d 39 I Ghert geb. Kleg.
f 39 II Wendig geb. Sommer,
o 37 III Rod.

Instandsetzung
von Gräbern.

Nachstehend aufgeführte Gräber befinden sich in schlechtem Zustande. Da die Grabberechtigten der Behörde nicht bekannt sind, werden sie hierdurch gemäß § 13 der Friedhofs- und Bestattungsordnung vom 30. Juni 1915 öffentlich aufgefunden. Innerhalb 6 Monaten für die Instandsetzung der Gräber Sorge zu tragen, widrigenfalls die Friedhofsbehörde von ihrem Recht, die Gräber einzuräumen und die verwahrlosten Denkmäler, Einfassungen, Gitter usw. einzuziehen Gebrauch machen und nach Ablauf der Ruhezeiten über die Gräber anderweitig verfügen wird. (8485)

Die Friedhofsbehörde.
Dom.
Q 31 I Wendt.
Q 35 I Marienall von Dieberstein.
P 38 I Sagen.
St. Marien.
M 25 I Voh.
N 35 II Blohm.
Q 38 I Jacobshilf.
R 4 I Möller.
Am Sonnabend, 11. Okt. vorm. 12 Uhr findet im
Maril-Katernment
öffentliche
Versteigerung eines Bretterchappens
statt. (8479)
Abwicklungsstelle
J. R. 162.
Buchbindergarn
abzugeben. (8502)
Zentrale
für private Fürsorge
Lübeck, Königstr. 19,
Fernsprecher 8744.
Dramat. Unterr. bis zur reise. Oberspieltheater
Benthien, Zopferweg 71 I.

Verzinsliche Besuche.
Auf Beschluß des Verzinlichen Vereins wird bei Besuchen, die nach 9 Uhr morgens bestellt werden, ein Zuschlag bis zur Hälfte der Grundgebühren erhoben. Die Nachtzins gilt in der Zeit von 7 Uhr abds. bis 8 Uhr morgens. (8493)

Der neue Welt-Kalender
für 1920
ist jetzt erschienen.
Preis 80 Pfg.
Zu beziehen:
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
und deren Kolporteur.

Johannes Boy,
Markthallenstand 46.
Freitag morgen frische Prima Ostseegoldbutter, Schmelz, Große Hamburger Stint. Bld. 1.20 Wt.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (8468)
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10
Hgl. d. R.-Sparr. Cubaeca

FROSKÖNIG SPRICHT

Das Beste
behalten, alles Schädliche ablehnen. Geschont und genährt wird das Leder durch den Schuhputz
Erdal
schwarz, gelb, braun, rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz.

Für Hochzeiten, Gesellschaften und sonstige feierliche Gelegenheiten empfehle ich meine
Bier-Siphons
mit gut gepflegten entk. Bieren verschiedenster Art (hell, dunkel u. Nürnberger Licherbräu).
Tel. b. a. m. **Heinr. Furböter,**
Nr. 965. (8492)
Fischstraße 12.

Vorrätig!
Biele Sorten Salzheringe.
la. Magdeburg. Sauerkraut.
la. Salsgärten
sämtliche Sorten Csig
Ludwig Wiegels
Abt. Laden (8492)
Fischergrube 60.
Fernsprecher 8647.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.